

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIX. Jahrgang, Nr. 6

Juni 1956

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Jahresmitte im Zeichen der Hochkonjunktur — Günstige Devisenbilanz trotz höherem Handelsbilanzpassivum

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft; Die Entwicklung des Heizölverbrauches — Industrieproduktion — Umsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Jahresmitte im Zeichen der Hochkonjunktur — Günstige Devisenbilanz trotz höherem Handelsbilanzpassivum

Die österreichische Wirtschaft entwickelt sich weiterhin günstig. Die Bauwirtschaft läuft gegenwärtig auf hohen Touren, Industrieproduktion, Beschäftigung und Fremdenverkehr erreichten neue Rekorde. Der Rückschlag im Einzelhandel im April wurde durch eine kräftige Umsatzsteigerung im Mai teilweise wieder aufgeholt. Die Dämpfung der heimischen Nachfrage nach Investitionsgütern wirkte sich bisher nur wenig auf die Produktion aus, da viele Betriebe noch alte Aufträge aufarbeiten oder in den Export ausweichen können. Der Saisonaufschwung der Wirtschaft belebte die Einfuhr und vergrößerte das Defizit in der Handelsbilanz. Trotzdem ist die Devisenbilanz seit Mai wieder aktiv.

Der *Arbeitsmarkt* wurde im Juni noch verhältnismäßig stark entlastet. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 26.000 (im Vorjahr um 19.800) auf 2.178.700. Gleichzeitig sank die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden um 13.700 (im Vorjahr um 10.700) auf 73.600. Mitte 1956 gab es um 63.200 Beschäftigte mehr und um 3.000 Arbeitssuchende weniger als Mitte 1955. Im Juni wurden vor allem Bauarbeiter und Gaststättenarbeiter noch in größerer Zahl neu aufgenommen. Aber auch in den übrigen Berufsgruppen, für die bereits Zahlen vorliegen, nahm die Arbeitslosigkeit stär-

ker ab als im Vorjahr. Dank der bemerkenswert kräftigen Belebung im Juni wurden die etwas schwächeren Ergebnisse vom Mai wettgemacht. In beiden Monaten zusammen wurde der Arbeitsmarkt annähernd gleich stark entlastet wie im Vorjahre.

Obwohl der Saisonhöhepunkt noch nicht erreicht ist, bestehen nur noch geringe Reserven an einsatzfähigen Arbeitskräften. Die Rate der Arbeitslosigkeit betrug Mitte 1956 3,3% gegen 3,5% Mitte 1955. Dabei ist zu beachten, daß etwa 26.000 vorgemerkte Stellensuchende nur beschränkt vermittlungsfähig sind. In vielen Berufen und in den westlichen Bundesländern gab es schon Ende Mai nur noch wenig voll einsatzfähige Arbeitskräfte. Trotzdem sind die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt geringer als im Vorjahre, da sich die Nachfrage besser der Struktur des Arbeitskräfteangebotes anpaßt. In typischen Mangelberufen — z. B. bei Landarbeitern, Bauarbeitern und Metallarbeitern — ist die Arbeitslosigkeit heuer etwas größer, die Zahl der offenen Stellen zum Teil viel geringer als im Vorjahre. Dagegen konnte der Überschuß an Arbeitskräften, der im Vorjahr noch in vielen Konsumgüterindustrien bestand, merklich verringert werden. Mitte 1956 gab es um 3.200 oder 25% weniger stellensuchende Textil- und Bekleidungsar-

beiter als Mitte 1955. Auch die regionalen Unterschiede werden allmählich geringer. Zwar ist die Rate der Arbeitslosigkeit in den östlichen Bundesländern noch immer höher als im Westen. In Wien ist sie jedoch seit dem Vorjahre zurückgegangen, während sie in Salzburg und in Oberösterreich infolge des Abzuges der Besatzungsgruppen zugenommen hat.

Eine stärkere Anspannung des Arbeitsmarktes wird auch dadurch verhindert, daß zahlreiche neue Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt zufließen. Obwohl die geburtenstarken Jahrgänge der Schulentlassenen bereits großteils in den Arbeitsprozeß eingegliedert wurden, nahm das statistisch erfaßte Arbeitskräftepotential im Juni um 12 800 (im Vorjahr um 9 200) zu. Es war Mitte 1956 mit 2,252 300 Personen um 60 300 oder 2,7% höher als Mitte 1955. (Ein geringer Teil dieses Zuwachses geht allerdings auf Änderungen in den statistischen Erhebungsmethoden zurück.) Dagegen kann das Arbeitskräftepotential kaum noch durch Verlängerung der Arbeitszeit vergrößert werden. Nach der Verdiensterhebung des Institutes wurden im Mai in der Wiener Industrie (einschließlich Baugewerbe) durchschnittlich 47,1 Stunden pro Woche gearbeitet gegen 47,3 Stunden im Mai 1955. Längere Überstundenarbeit ist nicht nur für die Betriebe kostspielig, sondern wird auch von den Gewerkschaften abgelehnt.

Nach den witterungsbedingten Einschränkungen in den Wintermonaten stieg die *Industrie*produktion im April um 9,5%, um fast 5% stärker, als saisongemäß zu erwarten war. Der saisonbereinigte Produktionsindex erreichte mit 241 (1937 = 100) einen neuen Rekordstand und war um 9% höher als im April 1955. Trotz der kräftigen Belebung im April konnte der Produktionsausfall in den Wintermonaten nur teilweise wettgemacht werden. Im Durchschnitt der ersten 4 Monate 1956 war die *Industrie*produktion um 6,2%, im gleichen Zeitraum 1955 dagegen um 18% höher als im Vorjahre. Merklich langsamer als im Vorjahre wächst vor allem die Produktion in den Grundstoffindustrien. Die Erdölförderung im bisher erschlossenen Gebiet hat ihren Höhepunkt erreicht und wird in den nächsten Jahren langsam zurückgehen. Bergbau und eisenschaffende Industrie lasten ihre Kapazitäten voll aus. Um die westeuropäische

Stahlkonjunktur auszunützen, die bisher auch vom Rückgang der amerikanischen Autoproduktion nur wenig beeinträchtigt wurde, arbeitet die Eisenindustrie fieberhaft an der Ausweitung ihrer Anlagen. Die *VÖEST* vergrößerte bis Jahresmitte ihre Rohstahlkapazität von 0,7 auf 1,1 Mill. t und wird im August den vierten Hochofen anblasen. Die Schmidhütte in Krems, ein ehemaliger *USIA*-Betrieb, wird nach entsprechendem Ausbau die gesamte Erzeugung warmgewalzter Feinbleche übernehmen. Die Edeldahlwerke installieren neue Elektroöfen und bauen neue Walzwerke. Unter den Investitionsgüterindustrien hat sich der Maschinenbau in den letzten Monaten bemerkenswert kräftig belebt. Im Februar wurden um 3% weniger, im April aber bereits um 13% mehr Maschinen erzeugt als im Vorjahre. Die Produktionsausweitung war hauptsächlich der lebhaften Exportkonjunktur zu danken. In den ersten 4 Monaten exportierte die Maschinenindustrie um 43% mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres, während der Inlandsabsatz um 10% zurückging. Außer der Industrie bestellt in jüngster Zeit auch die Landwirtschaft weniger Investitionsgüter. Der Agrarsonderkredit in Höhe von 400 Mill. S ist erschöpft, die Bemühungen um eine Erweiterung des Kreditvolumens scheiterten bisher an der allgemeinen Kreditknappheit. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Investitionen wirkte sich noch nicht auf die Produktion von Traktoren aus, da die Werke alte Aufträge ausliefern. Die Landmaschinenproduktion jedoch mußte bereits seit Februar eingeschränkt werden; sie war im April um 14% niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. In den Konsumgüterindustrien hält der Aufschwung im allgemeinen weiter an. Der Index der Konsumgüterproduktion war in den ersten 4 Monaten 1956 um 9% höher als im Vorjahre. Auffallend günstig entwickelte sich die Produktion von Nahrungsmitteln und Tabakwaren, die im Vorjahre durch unkontrollierte Einfuhren der *USIA*-Betriebe aus den Oststaaten beeinträchtigt wurde.

Nach einem empfindlichen Rückschlag im April hat sich der *Einzelhandel* im Mai wieder kräftig belebt. Die Umsätze stiegen um 8%, saisongemäß war ein Rückgang um 3% zu erwarten. Sie waren mengenmäßig um 6% höher als im Vorjahre. Je Verkaufstag wurde sogar um 11% mehr verkauft als im Mai 1955.

Besonders kräftig belebten sich im Mai die Umsätze an Möbeln und Wohnbedarf (+ 23%), Schuhen (+ 23%), Textilien (+ 19%), „sonstigen“ Waren (+ 18%) und Tabakwaren (+ 14%). Saisongemäß waren in diesen Branchen Umsatzschwankungen zwischen -3 und +3% zu erwarten. Trotz der starken Belegung im Mai hat das Frühjahrsgeschäft nicht ganz den Erwartungen entsprochen. Im Durchschnitt der Monate März, April und Mai verkaufte der Einzelhandel mengenmäßig nur um 5% mehr als im Vorjahre. Im IV. Quartal 1955 hatte die Umsatzsteigerung noch 10% und im Durchschnitt der Monate Jänner und Februar 1956 sogar 14% betragen. Das Frühjahrsgeschäft im Einzelhandel wurde teilweise durch das Wetter beeinträchtigt. Außerdem ändert sich der Saisonrhythmus der Konsumausgaben. Ein wachsender Teil der Einkommen der Unselbständigen entfällt auf einmalige Sonderzahlungen (Remunerationen, Urlaubszuschüsse, 14 Monatsgehalt), die meist zu Weihnachten und im Sommer ausgegeben werden. Aber auch auf längere Sicht darf nicht mehr mit so hohen Umsatzsteigerungen wie im Winter 1955/56 gerechnet werden, da das Sozialprodukt langsamer wächst als bisher und die Einkommensverteilung nur innerhalb bestimmter Grenzen geändert werden kann.

Der Außenhandel erreichte im Mai nicht die günstigen Ergebnisse der Vormonate. Die *Ausfuhr* stieg nur um 8 Mill. S auf 1 758 Mill. S, obwohl saisongemäß eine Zunahme um etwa 3% zu erwarten war. Das Ausfuhrvolumen überschritt mit 220 (1937 = 100) nur um 15% den Vorjahresstand gegen 21% im Durchschnitt der ersten 4 Monate 1956. Das verhältnismäßig schwache Maiergebnis geht hauptsächlich darauf zurück, daß um 56 Mill. S weniger Halbfabrikate (vor allem chemische Erzeugnisse sowie Eisen und Stahl) ausgeführt wurden als im April. Dieser Ausfall konnte durch höhere Exporte von Rindern, Holz und verschiedenen Fertigwaren nur knapp wettgemacht werden. Bemerkenswert günstig entwickelt sich der Osthandel. Die europäischen Staaten (ohne Sowjetunion) bezogen im Mai österreichische Waren im Werte von 212 Mill. S, um 27 Mill. S mehr als im April. Seit Jahresbeginn erreichte der Ostexport durchschnittlich 190 Mill. S pro Monat, um 82 Mill. S oder 75% mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Exportsteigerung läßt sich teilweise damit erklä-

ren, daß Exporte ehemaliger USIA-Betriebe, die früher unkontrolliert die Grenzen passierten, jetzt in die offiziellen Handelsverträge übernommen wurden.

Die *Ablöselieferungen* an die Sowjetunion werden klaglos abgewickelt. Bis Mitte 1956 wurden 839.300 t Erdöl (84% des Jahreskontingentes) als Ablöse für die Erdölindustrie und Waren im Werte von 22,9 Mill. \$ (92% des Jahreskontingentes) als Ablöse für die ehemaligen USIA-Betriebe geliefert. Die Verpflichtungen aus dem Warenvertrag werden termingemäß – das Lieferjahr läuft Ende Juli ab – erfüllt werden können. Bei einigen Waren wurden die vereinbarten Kontingente sogar überschritten. Bei den Erdöllieferungen ist mit einem geringfügigen Rückstand zu rechnen, da der kalte Winter die Transporte behinderte. Die auf das Jahreskontingent fehlende Restmenge – etwa 80.000 t – kann jedoch bis Jahresende nachgeliefert werden, ohne daß Verzugszinsen angerechnet werden. Seit Mai wird über die Spezifizierung der Warenliste für das zweite Lieferjahr verhandelt. Die zeitweise gehegte Befürchtung, daß die Sowjetunion nach dem Anlaufen eines neuen Fünfjahresplanes an österreichischen Waren wenig interessiert sei und die Preise stark drücken werde, erwiesen sich als unbegründet. Bis Mitte Juni wurden bereits Lieferaufträge in Höhe von 12 Mill. \$ zu annähernd gleichen Preisen wie im Vorjahr erteilt, Verträge für weitere 10 Mill. \$ stehen vor dem Abschluß.

Die *Einfuhr* stieg im Mai um 87 Mill. S auf 2 091 Mill. S. Das Einfuhrvolumen war mit 179 (1937 = 100) um 17% höher als im Mai 1955. Im I. Quartal und im April war volumenmäßig nur um 6% und 12% mehr eingeführt worden als im Vorjahre. Gegenüber April wurden mehr Maschinen, Rohstoffe (hauptsächlich Baumwolle, Schrott und Kohle), Eisen und Stahl sowie mehr Weizen und Schmalz eingeführt. Eine deutlich steigende Tendenz zeigt vor allem die Einfuhr aus den USA. Sie erreichte im Mai 282 Mill. S oder 13% der Gesamteinfuhr gegen 120 Mill. S oder 7% im Mai 1955. Österreich bezieht gegenwärtig bereits die Hälfte seiner Kohlenimporte aus den USA und erhält namhafte Lieferungen amerikanischer Überschußgüter (hauptsächlich Rohstoffe und Nahrungsmittel).

Das Defizit in der *Handelsbilanz* stieg im Mai um 79 Mill. S auf 333 Mill. S und war zum ersten Mal

seit Jänner wieder etwas höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres (288 Mill S). Trotzdem entwickelt sich die *Devisenbilanz* weiterhin günstig. Die Nettobestände der Notenbank an Gold und Devisen stiegen im Mai und Juni um 121 Mill S und 193 Mill S auf 8.887 Mill S. In den gleichen Monaten des Vorjahres hatten sie um 161 Mill S und 14 Mill S abgenommen. Die EZU-Abrechnung ergab im Juni zum ersten Mal seit August 1955 einen Überschuß von 19 Mill \$, gegenüber einem Defizit von 91 Mill. \$ im Juni 1955. Die günstige Entwicklung der Devisenbilanz ist teilweise der ausgezeichneten *Fremdenverkehrssaison* zu danken. Die Zahl der Ausländer-Übernachtungen war im Mai um 19% (in Wien um 50%) und der Devisenertrag sogar um 91% höher als im Vorjahr. Die Deviseneinnahmen der Notenbank sind viel stärker gestiegen als die Nächtigungszahlen, weil im Vorjahr ein Teil des Schillingbedarfes der einreisenden Ausländer aus alliierten Beständen gedeckt wurde, die auf den freien Devisenmärkten angeboten wurden. Außer dem Fremdenverkehr ist gegenwärtig auch die Kapitalbilanz aktiv. Österreich bezieht namhafte Mengen amerikanischer Überschußgüter und nützt Anleihen der Weltbank zum Ausbau der heimischen Energiewirtschaft aus.

Die Kreditexpansion hat im Mai vorwiegend saisonbedingt nachgelassen. Die Kreditinstitute gewährten nur 122 Mill S zusätzlich kommerzielle *Kredite*, um 195 Mill S weniger als im Durchschnitt der ersten 4 Monate 1956. Aktienbanken und Bankiers schränkten ihr Kreditvolumen sogar um 27 Mill. ein. Im ganzen hält sich die Kreditausweitung seit Jahresbeginn annähernd im Rahmen des Spareinlagenwachses. Die Kreditwerber nützen die von den Kreditinstituten eingeräumten Kreditrahmen weit stärker aus als bisher. Nach den nunmehr vorliegenden Aufgliederungen schränkten die Kreditinstitute ihre Kreditzusagen im I. Quartal 1956 um 800 Mill S ein. Trotzdem stieg das kommerzielle Kreditvolumen um 948 Mill. S, da die Betriebe bisher nicht beanspruchte Kreditzusagen ausnützten. Die Summe der nicht ausgenützten Kredite sank von 41 Mrd. S oder 16% des Kreditrahmens Ende 1955 auf 23 Mrd. S oder 9% Ende März 1956. Das ist der niedrigste Stand seit Erhebung dieser Statistiken im Jahre 1948. Die Einschränkung der Kreditzusagen mag vielfach nur ge-

ringe Bedeutung haben. Um die Bestimmungen der Zusatzabkommen vom November 1955 zu erfüllen, haben die Kreditinstitute zunächst Kreditzusagen gekürzt, die im Vergleich zu den tatsächlichen Kreditbedürfnissen ihrer Kunden übermäßig hoch waren oder vorübergehend nicht benötigt wurden. Die Krediteinschränkung hat aber sicherlich auch viele Betriebe getroffen, die flüssige Mittel für Betriebs- und Investitionszwecke gebraucht hätten.

Stärker als auf die kommerziellen Kredite wirkte sich die Geldknappheit auf dem *Anleihemarkt* aus. Im I. Halbjahr 1956 wurden nur 428 Mill S Anleihen begeben. Davon erhielten 200 Mill. S der Wohnhaus-Wiederaufbau-Fonds und 100 Mill S das Land Niederösterreich. Der Rest entfiel auf Pfandbriefe und Kommunalobligationen. Trotz dem geringen Angebot an neuen Wertpapieren wurde die im Mai und Juni zur Zeichnung aufgelegte Wohnbauanleihe nur schleppend abgesetzt; rund ein Drittel der Zeichnungssumme mußte vom Garantiesyndikat übernommen werden. Im I. Halbjahr 1955 konnten noch 1.591 Mill S Anleihen, überwiegend bei den Kreditinstituten, untergebracht werden.

Die Netto-Devisenkäufe der Notenbank haben bisher den Geldmarkt nicht entspannt. Der Halbjahres-Ultimo und das Anlaufen der Reisesaison entzog den Kreditinstituten im Juni 529 Mill S Notenbankgeld. Um den Bargeldabfluß zu finanzieren und die in den Vormonaten stark reduzierten Giroguthaben bei der Notenbank wieder aufzufüllen, mußten die Kreditinstitute 485 Mill S Bundesschatzscheine verkaufen und 434 Mill S Handelswechsel refinanzieren lassen. Das Wechselportefeuille der Notenbank war Mitte 1956 mit 1.315 Mill. S das höchste seit Ende 1952. In den kommenden Monaten ist jedoch saisonbedingt mit weiteren Überschüssen in der Zahlungsbilanz zu rechnen. Ihre in der gegenwärtigen Konjunkturlage nicht unbedenkliche expansive Wirkung könnte abgeschwächt werden, wenn die Kreditinstitute die ihnen zufließenden liquiden Mittel dazu verwendeten, die Überschreitungen des Kreditplafonds abzubauen und die Verschuldung gegenüber der Notenbank zu vermindern.

Das *Preisniveau* ist im Juni leicht gestiegen. Auf den Investitionsgütermärkten wurden verschiedene Werkzeugmaschinen, landwirtschaftliche Maschinen

und Armaturen teurer, auf den Baustoffmärkten griffen die Preissteigerungen auf Kalk und Gips über. Seit März haben die Preise fast aller wichtigen Baustoffe um durchschnittlich 10% angezogen. Außerdem wurden Waren aus verzinktem Blech, Lacke und Farben, Schuhe sowie Kamm- und Streichgarne teurer. Die Industrie begründet die Preissteigerungen mit verteuerten Rohstoffen und erhöhten Löhnen. Die Preissenkungen beschränken sich auf einige Industriewaren aus Kupfer und Gummi, deren Weltmarktnotierungen seit Monaten zurückgehen, sowie auf Gewebe aus Baumwolle und Zellwolle. Auf den Nahrungsmittelmärkten ging das heimische Angebot an Rindern und Schweinen saisonbedingt zurück. Obwohl eingelagerte Ware freigegeben und Schlachtvieh importiert wurde, zogen die Preise im Groß- und Einzelhandel leicht an. Auch Obst, Gemüse, Eier und Kartoffeln waren Ende Juni zum Teil witterungsbedingt teurer als im Vorjahr. Die Preise für Speiseöl stiegen im Juni neuerlich um 2% und waren um 20% höher als zu Jahresbeginn. Dagegen ist der Weinpreis, der in den letzten Monaten in Erwartung einer schlechten Ernte gestiegen war, wieder auf den Stand zu Jahresbeginn zurückgegangen. Die Tendenz steigender Preise spiegelt sich in den verfügbaren Preis-

indizes. Der Index der Großhandelspreise des Statistischen Zentralamtes ist von Mitte Mai bis Mitte Juni um 1,1% auf 852 und der Index der Lebenshaltungskosten des Institutes um 3,0% auf 705,5 (1938 = 100) gestiegen. Von der Verteuerung der Lebenshaltungskosten waren 2,8% saisonbedingt. Im Vergleich zum Vorjahr waren die Großhandelspreise fast unverändert und die Lebenshaltungskosten um 3,9% (ohne Saisonprodukte um 2,7%) höher.

Ähnlich wie die Preise zeigen auch die Löhne eine steigende Tendenz. Im Juni wurden die Tariflöhne der Speditionsarbeiter und verschiedener kleinerer Gruppen von Arbeitern und Angestellten um 6 bis 10% erhöht. Viele Gewerkschaften fordern einmalige Zulagen. Im Mai erhielten die Metall- und Bergarbeiter und im Juni die Textilarbeiter und die Arbeiter im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe Urlaubszuschüsse in Höhe von ein bis zwei Wochenlöhnen. Die Angestellten im Bergbau und in der Eisen- und Metallindustrie setzten unter Streikandrohung durch, daß ihnen heuer ein halbes und ab 1957 ein volles 14 Monatsgehalt ausgezahlt wird. Sonderzahlungen bis zu einem Sechstel des Jahreseinkommens haben für die Arbeitnehmer den Vorteil, daß sie zu verhältnismäßig niedrigen Sätzen versteuert werden.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.9

Die *Devisenlage* der Nationalbank entwickelte sich weiterhin günstiger als im Vorjahr. Im Mai und Juni nahmen die valutarischen Reserven um 121 Mill. Schilling und 193 Mill. S zu, während in den gleichen Monaten des Vorjahres Abgänge von 161 Mill. S und 14 Mill. S entstanden. Die Notenbank, die im 1. Halbjahr 1955 762 Mill. S Reserven abgegeben hatte, besaß zur Jahresmitte mit 7.143 Mill. S um 153 Mill. S mehr Devisen als zu Beginn des Jahres 1956.

Die EZU-Verrechnung schloß im Juni zum ersten Mal seit August des Vorjahres wieder mit einem Überschuß von 2 Mill. \$, gegenüber einem Defizit von 9 Mill. \$ im Juni des Vorjahres. Da die Kreditverpflichtung nur 0,6 Mill. \$ beträgt und dank dem guten Fremdenverkehr wieder mit einem laufenden Überschuß zu rechnen ist, wird Österreich im Juli wahrscheinlich wieder Gläubiger der Union werden.

Die Zahlungsunion wurde um ein weiteres Jahr in ihrer bisherigen Form verlängert. Länger bestehende Salden werden durch bilaterale Verträge zwischen den Hauptglaubigern und -schuldnern konsolidiert werden.

Vorläufig haben die Devisenberschusse nicht zu einer grundlegenden Entspannung des *Geldmarktes* beigetragen. Ende Juni entstand durch den Zusammentreffen von Halbjahresultimo (an dem verschiedene Zahlungen, z. B. Zinsen, fällig sind), Wochenende (an dem Löhne gezahlt werden) und Beginn der Inlandsreisesaison (Schulferien) sowie des verstärkten Fremdenverkehrs ein starker Bedarf an Notenbankgeld. Der Banknotenumlauf nahm im Juni um 529 Mill. S zu, ebensoviel wie im Dezember des Vorjahres.

Liquiditatsbestimmende Faktoren¹⁾

	1. Halbjahr	
	1955	1956
	Mill. S	
Gold, Devisen und Valuten der Notenbank	-762	+154
Notenumlauf	-271	-377
Girokonten öffentlicher Stellen bei der Notenbank . . .	+110	+98
Eskont von Schatzscheinen und Verschuldung der Kreditinstitute bei der Notenbank	+459	-24
Sonstiges	-80	-233
Freie Giroguthaben und Kassenbestände inländischer Kreditinstitute	-544	-382

¹⁾ Die Tabelle zeigt in der untersten Zeile als Saldo die Notenbankgeldzuflusse und -abflüsse bei den Kreditinstituten auf Grund von Veränderungen der angeführten Positionen. Die Vorzeichen geben an, ob die jeweiligen Veränderungen der in der Vorpalte genannten Positionen Notenbankgeldzuflusse (+) oder -abflüsse (-) bewirkt haben. Z. B. hat eine Zunahme des Notenumlaufes einen Notenbankgeldabflu (-) zur Folge. Siehe auch Monatsberichte, Heft 2, Jg. 1956, S. 42.

So wie im 1. Halbjahr reichte der Devisenzustrom im Juni nicht aus, den gesamten Bargeldabflu aus dem Kreditsystem zu finanzieren. Da die

Kreditinstitute außerdem im Juni ihre Giroguthaben, die Ende Mai auf 552 Mill. S, das sind 2 1/2% der Einlagen, gesunken waren, wieder um 639 Mill. S erhöheten, waren sie auf die Hilfe der Notenbank angewiesen. Sie verkauften ihr 485 Mill. S Bundesschatzscheine und 434 Mill. S Handelswechsel.

Im Mai war die Geldmarktlage vorübergehend etwas leichter, denn die Institute erhielten um 37 Mill. Schilling mehr Einlagen, als kommerzielle Kredite in Anspruch genommen wurden. Nach vorläufigen Zahlen wurden netto 107 Mill. S auf Sparkonten und 52 Mill. S auf Scheckkonten erlegt. Damit war der Spareinlagenzuwachs einschließlich der Zinsgutschriften in den ersten fünf Monaten dieses Jahres mit 1.610 Mill. S um 4% höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Obwohl die Scheckeinlagen zunahmen und 64 Mill. S Bargeld in Umlauf kam, war das *Geldvolumen* Ende Mai um 23 Mill. S geringer als Ende April, weil von den Girokonten ausländischer Kreditinstitute und öffentlicher Stellen, die ebenfalls zur Geldmenge gerechnet werden, 91 Mill. S und 49 Mill. Schilling abgezogen wurden.

Das Geldvolumen veränderte sich vor allem durch die zurückhaltende Kreditgewährung der Kreditinstitute. Das kommerzielle *Kreditvolumen* nahm im Mai um 122 Mill. S zu, gegen 317 Mill. S im Durchschnitt der ersten vier Monate des Jahres. Bei den Sparkassen wurden netto 116 Mill. S Kredite in Anspruch genommen, bei den Aktienbanken und Bankiers hafteten jedoch 27 Mill. S weniger Kredite aus.

Ein Zeichen für die geringe Bereitschaft der Geldinstitute, Kredite zu gewähren, und für die Geldknappheit der Unternehmungen ist die starke Ausnützung der *Kreditzusagen*. Im 1. Quartal nahmen die aushaftenden Kredite um 948 Mill. S zu, die noch nicht ausgenutzten Kreditzusagen aber um 1.748 Mill. S ab. Damit hatte die Wirtschaft Ende März nur 9% des gesamten zur Verfügung stehenden Kreditvolumens (aushaftende Kredite plus nicht ausgenutzte Zusagen) nicht ausgenutzt, gegen 16% zu Jahresbeginn. Das ist der höchste Ausnutzungsgrad seit Beginn dieser Statistiken im Jahre 1948. Zum Teil ist dieser ungewöhnlich hohe Ausnutzungsgrad allerdings dadurch zustande gekommen, daß die Kreditinstitute vorübergehend solche Kreditrahmen beschränkten, die saisongemäß oder wegen besonderer Vorsicht der Kreditnehmer auch ohne Restriktion ungenutzt geblieben wären, um die Bestimmungen der Kreditrestriktionsabkommen vom November, die eine 10%ige Kürzung der Kreditrahmen verlangten, zu erfüllen. Der Ausnutzungsgrad nahm aber schon

vor den Kreditrestriktionsmaßnahmen vom November leicht zu

Anfang Juli wurden 700 Mill S Counterpartmittel freigegeben. Diese Mittel ergeben sich aus laufenden Rückflüssen der ERP-Kredite und wirken daher nicht umlaufvermehrend. Neben diesen Counterpartmitteln werden von dem Gegenwert amerikanischer landwirtschaftlicher Überschußgüter 350 Mill S für Investitionen verwendet werden können. Die freigegebenen Mittel sollen vor allem mittleren und kleineren gewerblichen Betrieben, kleinbäuerlichen Betrieben und den ostösterreichischen Fremdenverkehrsbetrieben zugute kommen; die östlichen Bundesländer werden besonders berücksichtigt. Damit werden auch die Härten der Kreditrestriktion für die mittleren und kleineren Betriebe gemildert werden.

Nach dem stärkeren Kursanstieg anlässlich des Wahlausganges gingen die *Aktienkurse* teilweise wieder zurück. Mitte Juni war der Index der Industrieaktien um 0,4% niedriger als Mitte Mai. Am *Rentenmarkt* wurden im Mai und Juni 200 Mill S Wohnbauleihe zur Zeichnung aufgelegt. 135 Mill S konnte das Garantiesyndikat der Kreditinstitute verkaufen, den Rest wird es vorläufig selber übernehmen. Im Mai und Juni konnten die Banken und Hypothekenanstalten 29 Mill S Pfandbriefe und Kommunalobligationen verkaufen. Der Absatz dieser Papiere ist wie bisher durch die Emissionsbeschränkung begrenzt. Die gesamten Emissionen festverzinslicher Wertpapiere erreichten im 1. Halbjahr nur rund ein Viertel des Betrages des gleichen Halbjahres 1955 und blieben um 177 Mill S hinter denen des 2. Halbjahres zurück.

Emissionen von Anleihen

	1 Halbjahr	
	1955	1956
Nennwert in Mill. S		
Anleihen des Bundes, der Post, Bundesbahn und des Wohnhaus-Wiederaufbau-Fonds	—	200
Landesanleihen	80	100
Wasserkraftschuldverschreibungen	1 217	—
Kommunalobligationen	108	48
Pfandbriefe	171	80
Industrieobligationen	15	—
Insgesamt	1 591	428

Preise und Löhne

Dazu *Statistische Übersichten 2.1 bis 2.9. und 10.1*

Während sich die Inlandspreise im Mai noch einheitlich entwickelten, überwogen im Juni die Preisauftriebskräfte.

Vor allem sind die Preise der Investitionsgüter und Baustoffe — besonders infolge Erhöhung der Löhne und Preise für ausländische Kohle — weiter gestiegen. Der Baukostenindex war im Juni um 3,9%

höher als im März. Der lange Spätwinter und der neuerliche Kälterückfall im Juni verteuerten Obst und Gemüse beträchtlich. Auch die Preise für Fleisch, Kartoffeln, Speiseöl und Eier haben angezogen.

Die *Lohnbewegung* lebte vor allem mit Forderungen nach Urlaubszuschüssen und nach dem 14 Monatsgehalt wieder auf. Sie wurden teilweise befriedigt.

Auf dem *Weltmarkt* hielt die seit Monaten sichtbare Baissebewegung wichtiger industrieller Rohstoffe (Kupfer, Kautschuk, Schrott) an. Sie ist vor allem die Folge der Stagnation in der amerikanischen und britischen Autoproduktion und der Krediteinschränkungen in verschiedenen Ländern. Dagegen notierten landwirtschaftliche Produkte — zum Teil infolge verschiedener Stützungsaktionen der Erzeugerländer — vorwiegend fest. Die internationalen Rohstoffpreisindizes veränderten sich von Ende Mai bis Ende Juni wegen der gegenläufigen Bewegung ihrer Teilkomponenten nur geringfügig. Moody's Index für amerikanische Industrierohstoffe stieg von 4127 auf 4164 oder um 0,9%, Reuter's Index für Sterlingwaren von 4783 auf 4793 oder um 0,2%.

Der Streik der amerikanischen Stahlarbeiter, der schon seit Monaten gedroht hatte, führte dazu, daß die Stahlwerke trotz dem Produktionsrückgang in der Autoindustrie zunächst noch relativ gut beschäftigt waren. Die Stahlabnehmer suchten sich in Erwartung des (am 1. Juli begonnenen) Streiks über ihren augenblicklichen Bedarf hinaus einzudecken. Für die amerikanische Stahlkonjunktur charakteristischer als diese kurzfristigen Dispositionen ist die Entwicklung des Schrottpreises, der von Ende April bis Mitte Juni d. J. um rund 18% gesunken ist.

Die Entwicklung auf dem amerikanischen Stahlmarkt vor dem Streik hatte die westeuropäischen Exportpreise für Betoneisen und Walzdraht leicht abgeschwächt, hingegen notierten stärkere Stabstahldimensionen, Träger, Grob- und Mittelbleche fest. An Schiffbaumaterial herrscht sogar richtiger Mangel, der zu Lieferfristen bis zu 16 Monaten geführt hat. Falls der Streik länger dauert, werden die europäischen Exportpreise neuen Auftrieb erhalten.

Die internationalen Getreidepreise haben sich im Juni nach ihrem Rückgang im Vormonat unter dem Einfluß der neuen Ernte neuerdings etwas abgeschwächt. Pflanzliche Öle und Fette sind nach starken Preiserhöhungen im April und Mai d. J. in den letzten Wochen wieder billiger geworden, so daß der Preis für Speiseöl auf dem Inlandsmarkt nicht weiter steigen wird. Kaffee- und Kakaopreise haben im Juni deutlich angezogen. Aus der alten Kakaoernte sind nur noch geringe Reste vorhanden.

Auf dem *Inlandsmarkt* steigen die Preise für Investitionsgüter weiter. Werkzeugmaschinen zur Metall- und Holzbearbeitung sind um 3 bis 7%, landwirtschaftliche Maschinen um 2 bis 5% und Armaturen um 1 bis 2% teurer geworden. Die Firmen der Maschinen-, Stahl- und Eisenbauindustrie rechnen fast ausnahmslos mit weiteren Preissteigerungen.

Die Kohlen- und Kokspreise sind seit Monaten in ständiger Aufwärtsbewegung. Ruhrkohle soll demnächst wieder teurer werden. Die österreichischen Braunkohlengruben kündigen ebenfalls Preiserhöhungen an. Sie machen vor allem geltend, daß die inländischen Kohlenpreise seit 1951 unverändert geblieben sind und nicht mehr die Kosten decken. Während Auslandskohle im Jahre 1951 je *Wärmeeinheit* noch um durchschnittlich 8% billiger war als Inlandskohle, hat sich dieses Preisverhältnis seither umgekehrt. Im Mai d. J. war Auslandskohle — bezogen auf den Heizwert — im Durchschnitt um 34% teurer als Inlandskohle. Die Gaswerke und die VÖEST erwägen mit Rücksicht auf die stetig steigenden Steinkohlenpreise ebenfalls eine Erhöhung des Kokspreises. Die Linzer Gießereikokszeugung soll im Juli ganz eingestellt werden. Es wird sehr schwierig sein, den Bedarf an Gießereikoks (rund 50.000 t jährlich) bei gleicher Qualität ohne Preiserhöhung sicherzustellen.

Da die Weltbank Kredite zum weiteren Ausbau der österreichischen Energiewirtschaft nur gewährt, wenn die Stromtarife der Verbundgesellschaft kostendeckend sind, ist mit einer Erhöhung der Tarife für die an die Landesgesellschaften und Großverbraucher zu liefernde elektrische Energie zu rechnen. Nach den Verhandlungsvorschlägen der Verbundgesellschaft sollen vor allem die Nachtstromtarife (um 25 bis 38%) und Sommertarife (um 20 bis 25%) erhöht werden. Der Verband der Elektrizitätswerke fordert ebenfalls eine Erhöhung der Stromtarife.

Das Sinken der Weltmarktpreise für Kautschuk und der meisten Nicht-Eisenmetalle hat bereits in den vergangenen Monaten die Inlandspreise für Gummwaren (4 bis 9%), Kabel (7%) und Messingschrauben (2%) gedrückt. Der Rückgang des internationalen Kupferpreises hat die Kupferhütte Brixlegg veranlaßt, im Mai und Juni ihren Verkaufspreis um 13% zu reduzieren. In der Folge wurden Schrauben, Muttern und Façondreile aus Messing neuerlich um durchschnittlich 5% verbilligt.

Nachdem die Preise für Emailblechwaren bereits im April um 5% gestiegen sind, wurden im Mai die Preise für Waren aus verzinktem Blech durchschnittlich um 6% hinaufgesetzt. Die Blechwarenerzeuger kaufen teurer ein, weil die Blechlieferanten verschiedene Rabatte gestrichen haben.

Lacke und Farben haben sich seit März um 7 bis 15% verteuert, weil die Weltmarktpreise für Leinöl und Firnis gestiegen sind. Der Großhandelspreis für Leinöl war im Juni um rund 35% höher als vor einem Jahre.

Die Schuhfabriken haben die Preise für einzelne Artikel — insbesondere für Standardschuhe, die nicht der Mode unterliegen und deren Preise seit Jahren unverändert geblieben sind — um durchschnittlich 3% erhöht. Als Begründung wird außer den erhöhten Lohnkosten die Verteuerung von Oberleder angeführt. Der Großhandelspreis für Kalbleder war im Juni um 17% höher als im Vorjahr.

Die Preise für Baumwoll- und Zellwollgewebe wurden zum Teil unter dem Einfluß der scharfen Konkurrenz und der geringen Kauflust um 2 bis 3% gesenkt. Das Sinken der Großhandelspreise für Baumwolle mag hier mitgewirkt haben. Dagegen sind Kamm- und Streichgarne wegen steigender Wollpreise um 10% teurer geworden. Man rechnet mit einer weiteren Verteuerung von Wollgarnen.

Auf dem Wiener Rindermarkt hat der durchschnittliche Wochenauftrieb im Juni gegenüber Mai um 1% zugenommen. Obwohl in der ersten Monatshälfte alle eingelagerten Rinder zum Verkauf freigegeben wurden, hat der Rinderpreis von Woche zu Woche angezogen. Er lag im Monatsdurchschnitt um 6% höher als im Vormonat. Da die Anlieferung um 10% geringer war, stiegen die Schweinepreise um 3%, obwohl die gesamte eingelagerte Ware zum Verbrauch freigegeben wurde. Die Letztverbraucherpreise für Rindfleisch und Schweinefleisch sind gleichzeitig im Durchschnitt um 3% und 2% gestiegen. Eier waren Ende Juni um 5% teurer als im Vormonat und um 7% teurer als zur gleichen Vorjahreszeit.

Kartoffeln sind im Juni saisongemäß billiger geworden; die Preise sind aber für runde inländische Sorten durchschnittlich um 5%, für italienische Heurige um 24% höher als im Juni v. J., Obst und Gemüse waren — zum Teil wegen des Kälterückfalles im Juni — Ende des Monats bedeutend teurer als ein Jahr vorher. Kirschen kosteten rund das Doppelte, Ananaserdbeeren um 16% mehr. Heimische Wirtschaftsäpfel sind nicht mehr am Markt; es werden nur noch die viel teureren italienischen Äpfel angeboten. Die Lage auf dem Gemüsemarkt ist ähnlich. Kohl und Kraut waren Ende Juni um 40% und 20% teurer als vor einem Jahr. Kochsalat und Blätterspinat hielten annähernd die Vorjahrespreise.

Speiseöle wurden im Juni neuerlich um 2% teurer. Damit ist der Preis seit Jahresbeginn um rund 20% gestiegen. Diese außergewöhnliche Erhöhung

geht darauf zurück, daß die Weltmarktpreise für pflanzliche Öle nach der letzten Olivenernte seit Jänner d. J. um rund 35% gestiegen sind.

Die Erzeugerpreise für Wein, die im April und Mai in Erwartung einer schlechten Ernte angezogen haben, gingen im Laufe des Juni wieder auf den Stand vom Jahresbeginn zurück. Die Frostschäden haben sich als regional begrenzt erwiesen. Da außerdem aus der Rekordernte von 1955 noch beträchtliche Weinmengen lagern, ist mit einer Erhöhung der Letztverbraucherpreise nicht zu rechnen.

Ende Juli wird der Milchpreis erhöht werden. Offene Milch soll 220 S statt bisher 212 S kosten. Gleichzeitig wird der Fettgehalt von 35% auf 32% gesenkt.

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete Index der *Großhandelspreise* stieg von Mitte Mai bis Mitte Juni d. J. um 11%. Ursache war hauptsächlich die Verteuerung des inländischen Fleisches sowie der importierten Wolle und Steinkohle. Rindfleisch wurde um 27%, Schweinefleisch um 63% teurer. Der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel stieg um 19%.

Das Steigen der Preise für Wolle (84%) und Steinkohle (75%) wurde durch eine Reihe weltmarktbedingter Preissenkungen (Baumwolle 139%, Kupfer 129%, Kautschuk 52%; auch Kalbleder, Jute und Zinn verzeichneten kleine Rückgänge) annähernd ausgeglichen, so daß der Teilindex für Industrierohstoffe um 02% gesunken ist.

Gegenüber Juni 1955 ist der Index der *Großhandelspreise* um 01% gesunken, da sich das Steigen des Teilindex für Industrierohstoffe um 12% und das Sinken des Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel um ebenfalls 12% annähernd kompensierten. Dagegen entwickelten sich die *Großhandelspreise* der einzelnen Industrierohstoffe sehr verschieden: Kalbleder, Mauerziegel und Dachziegel sind gegenüber dem Vorjahr um 17, 14 und 11% teurer geworden, während u. a. Benzin (18%), Kautschuk (18%) und Baumwolle (13%) billiger wurden.

Der vom Institut berechnete Index der *Lebenshaltungskosten* (nach einem Normalverbrauchsschema für eine Arbeiterfamilie mit 2 Kindern in Wien) ist, nachdem er im Mai um 33% gesunken war (hauptsächlich infolge des starken Preisrückganges der im Verbrauchsschema vertretenen Gemüsesorte), im Juni um 30% gestiegen. Vor allem wirkte sich das saisonbedingte Steigen der Preise für Gemüse (89%) und Obst (53%) aus. Kartoffeln sind um 13% teurer geworden, weil im Berichtsmonat neben alten Kartoffeln auch schon neue verkauft wurden. Teurer

wurden ferner Eier (10%), polnische Steinkohle (7%), Speiseöl (5%), Rindfleisch (4%) und Schweinefleisch (2%).

Schaltet man die normale Saisonbewegung bei den Preisen für Spinat, Äpfel, Eier und Kartoffeln aus, ist der *Lebenshaltungskostenindex* von Mitte Mai bis Mitte Juni bloß um 02% gestiegen. Gegenüber Juni 1955 ist der *Lebenshaltungskostenindex* (einschließlich der saisonabhängigen Artikel) um 39% höher.

Der Index der *Baukosten* für Wien, der vierteljährlich für den Rohbau (ohne Handwerkerarbeiten) einer repräsentativen Kleinwohnung von 50 m² Wohnfläche und rund 300 m³ umbauten Raumes berechnet wird, ist von März bis Juni d. J. um 39% gestiegen. Die letzte fühlbare Erhöhung des *Baukostenindex* im Dezember 1955 (um 43%) wurde überwiegend durch Lohnsteigerungen, die jetzt ausschließlich durch Erhöhung der Baustoffpreise verursacht.

Baukostenindex für Wien

Zeit	Baustoff	1945=100	
		Arbeit	Bauarbeiterarbeiten insg.
Juni 1955	1 069	809	933
Dezember 1955	1 070	885	973
Juni 1956	1 152	887	1 013

In den letzten Monaten sind fast alle wichtigen Baustoffe teurer geworden.

Baustoffverteuerungen
(März bis Juni 1956)

	%
Mauer- und Dachziegel	7—15 ¹⁾
Zement	7—8
Stückkalk	6
Gips	12
Heraklithplatten	11
Dämmplatten	10
Betonrohre	10
Steinzeugrohre	11
Sand und Schotter	5—6 ²⁾
Düwasteine	8
Sechser-Hohlblock, keramisch	16

¹⁾ Regional verschieden; in Wien 15% — ²⁾ Erhöhung der Transportkosten im Nahverkehr ab 1. Juni 1956 um 10%.

Unmittelbarer Anlaß zu den Erhöhungen der Baustoffpreise war die 10%ige Lohnerhöhung in der Baustoffindustrie vom März d. J. Bei dieser Gelegenheit wurden aber fast durchwegs auch andere, zum Teil weiter zurückliegende Kostensteigerungen (z. B. Kohle) den neuen Preisberechnungen zugrunde gelegt. Die Preise für Zement, Kalk und Gips hatten sich seit 1952 trotz einigen Lohnregulierungen in diesem Zeitraum nicht geändert.

Die Preisbewegung auf den Baustoffmärkten scheint noch nicht abgeschlossen zu sein. Die Baustoffindustrie macht geltend, daß ihre Kosten seit den Preiserhöhungen zwischen April und Juni neuerlich gestiegen sind. Ungarisches Heizöl, das bisher billiger war als das österreichische, wurde inzwischen teurer, ebenso Ruhrkohle. Schließlich haben verschiedene Betriebe ihren Angestellten ein 14 Monatsgehalt bewilligt.

Der Baueisenpreis ist bisher zwar noch nicht erhöht worden, die Bauwirtschaft mußte jedoch infolge langer Lieferfristen teilweise auf teurere Lagerware und Importeisen zurückgreifen. (Die Importware ist um rund 200 S je Tonne teurer als die Inlandware.) Eine allfällige Erhöhung der Eisenpreise dürfte daher die Bauwirtschaft nicht in vollem Umfange belasten.

Seit Juni 1955 ist der Baukostenindex um 8,6% gestiegen, die Teilindizes für Baustoffe und für Arbeit haben sich um 7,8% und 9,6% erhöht.

Die Gewerkschaften bemühen sich gegenwärtig, Lohn- und Gehaltserhöhungen für die Arbeiter in Form von Urlaubszuschüssen und für die Angestellten als Teil eines 14 Monatsgehaltes durchzusetzen. Die Arbeiter im Bergbau sowie in der Eisen- und metallverarbeitenden Industrie erhielten im Mai einen Urlaubszuschuß in der Höhe von zwei Wochenlöhnen (was auf das Jahr umgerechnet einer 4%igen Lohnerhöhung entspricht). Im Juni folgten die Arbeiter des metallverarbeitenden Gewerbes mit 1½ Wochenlöhnen (nach 5 Dienstjahren 2 Wochenlöhne), die Arbeiter der Textilindustrie (ausgenommen Tirol und Vorarlberg, für die eigene Kollektivverträge bestehen) mit einem Wochenlohn für das laufende Jahr und 1½ Wochenlöhnen ab 1957.

Die Angestellten der Industriegruppen Bergbau, Hütten-, Elektro- und metallverarbeitende Industrie erhielten für dieses Jahr ein halbes und ab 1957 ein volles 14 Monatsgehalt. Derzeit erhalten lediglich die Angestellten der Industrie der Steine und Erden, der chemischen und der papierverarbeitenden Industrie ein halbes, die Angestellten der Textil- und Bekleidungsindustrie ein Viertel des 14 Monatsgehaltes. Ein großer Teil der Industrieangestellten sowie die Angestellten im Gewerbe, einschließlich Baugewerbe, beziehen derzeit noch kein 14 Monatsgehalt.

Für die Angestellten im Speditionsgewerbe wurde im Juni ein neuer Kollektivvertrag abgeschlossen, wodurch sich die Gehälter in den unteren Beschäftigtengruppen um 3 bis 15%, in den oberen Gruppen (entnivellierend) um 16 bis 26% erhöhen. Die Speditionsarbeiter erhielten ab Juni eine 10%ige Lohnerhöhung. Außerdem wurden im Mai und Juni für eine Reihe von kleineren Angestellten- und Ar-

beitergruppen Tarifverbesserungen erzielt: im ganzen Bundesgebiet (ohne Vorarlberg) für die Angestellten der Glasindustrie um 10%; in Wien für die Bediensteten der Kinobetriebe um 6%, für die Arbeiter im Schlossergewerbe um 5%, für die Fußpfleger, Kosmetiker und Masseure um 10%; in Kärnten für die Bediensteten im Gast- und Beherbergungsgewerbe um 8% und schließlich in Salzburg für die Rauchfangkehrer um 6%.

Die Arbeiter des Handels und der chemischen Industrie verlangen Lohnerhöhungen und einen Urlaubszuschuß, die Friseurgehilfen sowie die Arbeiter und Angestellten der Molkereien wollen ebenfalls höhere Löhne und Gehälter, mehrere Gruppen, u. a. die Arbeiter der Bekleidungs- und Schuhindustrie, verlangen Urlaubszuschüsse, die Bauarbeiter höhere Urlaubsentgelte. Die Hafner und Fliesenleger versuchen gegenwärtig, durch Streik einen zweiwöchigen Urlaubszuschuß durchzusetzen. Die Bediensteten in den Privatspitälern verhandeln über Lohnerhöhungen.

Der Index der *Arbeiter-Nettotariflöhne* in Wien (für Verheiratete mit 2 Kindern) hat sich im Juni gegenüber Mai nicht verändert. Die indirekten Lohnerhöhungen durch Urlaubszuschüsse werden im Index nicht berücksichtigt. Seit Juni 1955 ist der Tariflohnindex ohne Kinderbeihilfen um 3,3%, mit Kinderbeihilfen um 4,3% gestiegen.

Nach der *Verdienststatistik* des Institutes waren die *Brutto-Stundenverdienste* der Arbeiter in der Wiener Industrie einschließlich des Bau- und des graphischen Gewerbes im Mai um 8% höher als im Mai des Vorjahres. Die *Brutto-Wochenverdienste* sind in dieser Zeit nur um 7% gestiegen, da im Mai d. J. die durchschnittliche Wochenarbeitszeit etwas kürzer war.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.1 bis 3.10

Die österreichische Landwirtschaft wird voraussichtlich wieder eine sehr gute Getreideernte mit überdurchschnittlichen Erträgen einbringen. Da die kühle und feuchte Witterung den Schnitt um 14 Tage verzögerte, reiften die Körner gut aus. Auch Zucker- und Futterrüben sowie Feldgemüse stehen ausgezeichnet. Bei Kartoffeln ist mit Ertragsausfällen durch Schädlinge zu rechnen. Die Grünfütter- und Heuerträge waren sehr reichlich, doch litt die Heuqualität unter häufigen Regenfällen. An Obst werden heuer neben Erdbeeren und Kirschen nur Johannisbeeren, Stachelbeeren und Äpfel in größeren Mengen geerntet werden. In der Steiermark und an der

Südbahnstrecke stehen die Weinreben gut, im Burgenland mittelmäßig, in der Wachau, im Kamptal und an der Brünner Straße hingegen schlecht.

Handel und Genossenschaften bezogen im April nach den Angaben der Österreichischen Düngerberatungsstelle um 25% mehr *Handelsdünger* als im gleichen Monat 1955; an Stickstoff- und Phosphatdünger wurden um 14% und 38%, an Kalidünger um 12% und an Voll- und Mischdünger um 101% größere Mengen abgesetzt. Der Verbrauch von Kalkdünger sank dagegen um 44%. Von Juli 1955 bis Ende April 1956 stieg der Kunstdüngerverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um 8%; es wurden mehr Stickstoff- (+ 5%), Phosphat- (+ 17%) und Volldünger (43%), aber weniger Kalidünger (-7%) abgesetzt. Der Verbrauch von Düngekalk verminderte sich um 43%.

Im April und Mai ging die Nachfrage der Landwirtschaft nach neuen *Traktoren* und *Landmaschinen* überraschend zurück. Die Ursachen liegen nach Auskunft des Landmaschinenhandels in Finanzierungsschwierigkeiten, da der Agrarsonderkredit von 400 Mill S, der in den Jahren 1954 und 1955 den Kauf von Maschinen erleichterte, aufgebraucht ist. Zwar bemüht sich die Genossenschaftliche Zentralbank um einen zusätzlichen verbilligten Landmaschinenkredit von 100 Mill S. Die derzeit im allgemeinen restriktive Kreditpolitik wird aber den Landwirten wahrscheinlich erst wieder im Herbst größere Darlehen bewilligen können, wenn die ersten Rückflüsse aus den ERP- und Sonderkrediten einlaufen.

Der Rückgang der Nachfrage wird sich erst später in der Zulassung von Traktoren spiegeln, da die Werke zunächst noch alte Aufträge ausliefern, für die längere Liefertermine vereinbart waren. So wurden im April noch um 74% und im Mai um 56% mehr Traktoren behördlich zugelassen als in den gleichen Monaten 1955. Die Auftragsbestände und die Lieferfristen nehmen aber rasch ab, um so mehr, als die Produktion in den letzten Monaten stark ausgeweitet wurde. Traktoren mit 40 und mehr PS sowie Porsche-Schlepper sind zur Zeit prompt lieferbar. Die Produktion von Landmaschinen, die im J 1955 stets höher war als im Jahre vorher, wurde seit Februar 1956 eingeschränkt; sie war um 5% (Februar), 3% (März) und 14% (April, vorläufige Angabe) niedriger als in den gleichen Monaten 1955.

Auch im Mai brachte die Landwirtschaft viel mehr *Weizen* (+ 55%) und *Roggen* (+ 41%) als vor Jahresfrist auf den Markt. Seit 1. Juli 1955 lieferte sie um 29% mehr Brotgetreide (Weizen + 41%, Roggen + 13%) als im Vorjahre und um 1% mehr (Weizen + 15%, Roggen - 16%) als vor zwei Jahren. Die

Marktleistung an Brotgetreide im Wirtschaftsjahr 1955/56 wird voraussichtlich 455 000 t erreichen und die höchste seit 1938/39 sein.

Die *Vorräte* an Brotgetreide waren Ende Mai im Vergleich zum Vorjahr um 10% größer (Weizen + 42%, Roggen - 34%) und reichten für insgesamt 66 Tage. Der Anschluß an die neue Ernte ist damit gesichert. Die Lagerbestände an ausländischem Futtergetreide gingen geringfügig zurück, an Ölkuchen waren sie um ein Drittel kleiner, an Mühlennachprodukten um die Hälfte größer als Ende Mai 1955. Auch im II Quartal 1956 kaufte die Landwirtschaft wegen der erhöhten Schweineproduktion weit mehr ausländisches Futtergetreide als in den gleichen Quartalen 1952 bis 1954, der Verbrauch lag nur wenig unter dem vom Vorjahr.

Im April brachte die Landwirtschaft nach Berechnungen des Institutes 19 700 t *Schweine-, Rind- und Kalbfleisch* auf den Markt gegen 22 000 t im März (- 10%); die Produktion war um 13% höher als im April 1955 und ebenso groß wie vor 2 Jahren. Von Jänner bis Ende April lag die Marktleistung um 15% (Schweinefleisch + 21%, Rindfleisch + 9%, Kalbfleisch + 3%) über dem Vorjahresniveau und um 6% (+ 20%, - 7%, - 1%) über dem Niveau von 1954. Ausgeführt wurden 1 610 t Fleisch und Fleischwaren (Schlachtvieh in Fleisch gerechnet) gegen 890 t (1955) und 5 810 t (1954), eingeführt 1 880 t gegen 3 540 t und 270 t. Der Inlandsmarkt war damit um 11% und 15% besser als in den letzten Jahren mit Fleisch versorgt, der *Fleischverbrauch* - unter Berücksichtigung der Interventionskäufe - stieg gegenüber dem Vorjahr um 9%, gegenüber 1954 um 13%.

Im Juni kamen aus dem In- und Ausland im Wochendurchschnitt weniger Schlachtschweine (- 10%) und Kälber (- 7%), aber etwas mehr Schlachtrinder (+ 1%) nach Wien als im Mai, das gesamte Fleischangebot ging saisonbedingt um 8% zurück. Die Fleischaufbringung - ohne die aus Interventionskäufen freigegebenen Mengen - war jedoch um 2% höher als im Juni des Vorjahres (Schlachtrinder gab es um 2%, Schweine um 5% und Kälber um 3% mehr). Das Inland lieferte gegenüber dem Vormonat um insgesamt 10% weniger Fleisch nach Wien (Schweine - 10%, Rinder - 7%, Kälber - 3%), im Vergleich zu Juni 1955 jedoch um 5% mehr (+ 5%, + 16%, - 0,5%). Da die Nachfrage nach Fleisch stärker zunahm als die Produktion, wurde das Inlandsangebot im Juni durch die in Kühllhäusern eingelagerten Fleischmengen und durch Importe von Schlachtrindern und Kälbern ergänzt; für Juli (im Vorjahr im August) sind überdies noch Schweineimporte vorgesehen.

Den Angaben des Milchwirtschaftsfonds zufolge war die Marktleistung an *Milch* im Monat Mai (106 578 t) um 6% höher als im Mai 1955; der Vorsprung gegenüber dem Vorjahr war damit etwas kleiner, als vorerst angenommen wurde (+ 10%). An Butter wurden 1.734 t (+ 10%), an Käse 1.762 t (+ 16%) erzeugt. In den nächsten Monaten dürfte die Milchproduktion nur noch wenig über das Niveau von 1955 steigen. Wohl gab es bis Juli viel Grünfutter; doch war die Futtermittelversorgung auch im vorigen Sommer schon sehr reichlich. Der Verbrauch von Kraftfutter (Ölkuchen) hat sich infolge höherer Preise sogar verringert. Die Marktleistung an Milch im Juni wird auf 112.000 bis 115.000 t geschätzt gegen 111.123 t im Vorjahr.

Der Absatz von *Rund- und Schnittholz*, der im I. Quartal stagnierte, nahm in den letzten Monaten zu. Im Inland sind im II. Quartal nach vorläufigen Berichten fast wieder die gleichen Schnittholz mengen wie im Vergleichs Quartal 1955 verbraucht worden — die Umsätze im I. Quartal waren nach den Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates um 17% niedriger —, und in das Ausland wurden um 6.000 Waggons (13%) mehr Nadelschnittholz als vor Jahresfrist abgesetzt (im I. Quartal um 2.952 Waggons [7%] weniger). Wohl wird Schnittholz seines hohen Preises wegen teilweise von anderen Stoffen verdrängt, im ganzen nimmt der Holzverbrauch jedoch zu, da die holzverarbeitenden Industrien (Papier-, Faserplatten- und Möbelindustrie) ihre Produktion ausweiten und mehr Rohholz und Holzabfälle benötigen. Wenn die Konjunktur für Holz auf den Auslandsmärkten anhält — im Mai waren die Ausfuhrpreise für Schnittholz um 6% höher als im März — und Österreich weiterhin große Schnittholz mengen ausführt, ist auch in Zukunft mit festen Holzpreisen in Österreich zu rechnen, um so mehr als die Holzfällungen über kurz oder lang eingeschränkt und auf das durch die Waldstandsaufnahme ermittelte zulässige Volumen (8,5 Mill. fm jährlich) zurückgeführt werden müssen.

Man wird in Zukunft aber nicht nur Überschlägerungen vermeiden, sondern gleichzeitig die forstliche Produktion intensivieren müssen, um den wachsenden Holzbedarf zu decken. Neben anderen Maßnahmen wird besonders die *Aufforstung* zu verstärken sein. Im Jahre 1954 sind nach den Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft auf 23.756 ha 112 Mill. und i. J. 1955 auf 27.500 ha 128 Mill. Forstpflanzen gesetzt worden. Die Gesamtkosten der Aufforstung (71,5 bzw. 86,8 Mill. S) wurden zum größten Teil durch Eigenmittel gedeckt (60 Mill. Schilling, 73 Mill. S), zum Teil standen ERP-Mittel

(4 Mill. S, 5,6 Mill. S) sowie Bundes- und Landesmittel (7 Mill. S, 8 Mill. S) zur Verfügung. Es ist jedoch zu beachten, daß die Aufforstungsrückstände nach dem Ergebnis der Waldstandsaufnahme immerhin 165.000 ha betragen, wozu noch eine normale Schlagfläche von jährlich 20.000 ha kommt.

Das Ausmaß der Aufforstung ist durch die Kapazität der Forstgärten begrenzt. Derzeit können dort 100 bis 110 Mill. Setzlinge pro Jahr gewonnen werden. Da je Hektar Schlagfläche durchschnittlich 5.000 Pflanzen notwendig sind, würde es noch etwa 20 Jahre dauern bis die alten Kahlfächen neben den laufenden Schlägen wieder in Bestand gebracht sein werden. Es gibt mehrere Möglichkeiten, die Aufforstungen zu beschleunigen: Erstens die Vergrößerung der Forstgärten; daran wird gearbeitet. Zweitens den Import von Forstpflanzen und Forstsaamen; er wurde in den letzten Jahren um ein Vielfaches gesteigert. (Im Jahre 1955 wurden 23 Mill. Setzlinge eingeführt.) Drittens den Übergang vom Kahlschlag zum Saumkahlhieb und Femelschlag¹⁾, besonders im Mischwald, wobei sich der Wald durch Samenabfall natürlich verjüngt; dadurch würden mehr Setzlinge für die Aufforstung alter Blößen frei werden.

Außenhandel mit Forstpflanzen

Jahr	Einfuhr		Ausfuhr	
	q	1 000 S	q	1 000 S
1950	183	78	155	31
1951	648	451	37	70
1952	1 823	1 389	42	103
1953	2 535	1 854	242	418
1954	6 749	4 194	216	356
1955	7 797	6 175	195	346

Q: Statistik des Außenhandels

Der Import von Waldpflanzen ist notwendig, besonders da es in den Forstgärten heuer wieder größere Frostschäden gab. Er ist jedoch keine Dauerlösung. An Ort und Stelle aufgezogene Setzlinge sind den vielfach sehr ungünstigen Bedingungen von Klima und Boden im Gebirge erfahrungsgemäß weit besser gewachsen als Pflanzen aus dem Ausland. Die heimischen Forstgärten sollten daher möglichst rasch und ausreichend vergrößert werden.

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4 1 bis 4 5

Die Energieversorgung war im Mai ausreichend. Kohle, elektrische Energie und flüssige Treibstoffe (Benzin und Dieselöl) standen genügend zur Verfügung, nur Heizöl war knapp, weil die Nachfrage wegen seines niedrigen Preises ungewöhnlich stark

¹⁾ Der Übergang zu kleinen Schlagflächen setzt allerdings den Ausbau des Waldwegenetzes voraus.

zunimmt. Auch Erdgas würde viel mehr verbraucht werden, wenn es mehr Leitungen gäbe. Da nur die Wiener Gas- und E-Werke sowie einige kleinere, nicht ins Gewicht fallende Verbraucher (einige Industriebetriebe, Erdgastankstellen, einige Gemeinden des Erdölgebietes) an das Gasnetz angeschlossen sind, kann der Verbrauch nur wenig gesteigert werden. Die Verwendung von Erdgas in den Wiener Gaswerken ist durch das feste Mischungsverhältnis zwischen Erdgas, Koksgas und Wassergas begrenzt, das aus technischen Gründen (Heizwert) nicht beliebig verändert werden kann. Die Elektrizitätswerke würden zwar im Winter mehr Erdgas abnehmen, als sie bekommen können, benötigen aber dann in den wasserreichen Frühjahrs- und Sommermonaten nur wenig Brennstoff. Der Jahresverbrauch der Elektrizitätswirtschaft an Erdgas hat in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. Der Erdgasverbrauch der Dampfkraftwerke erhöhte sich von 1949 bis 1955 von 23 Mill. m^3 auf 232 Mill. m^3 (etwa 0,5 Mill. t Braunkohle) und der Anteil des aus Erdgas erzeugten Stromes am gesamten kalorischen Strom von 6% auf 30%. In den Sommermonaten, wenn die Erzeugung in den Dampfkraftwerken stark reduziert werden kann, wird fast nur Erdgas verwendet. Die Nachfragekurve der Elektrizitätswerke (hoher Bedarf im Winter, geringer im Sommer), die übrigens ähnlich verläuft wie jene der Gaswerke, ist nicht vorteilhaft, weil Erdgas während des ganzen Jahres annähernd gleichmäßig gefördert wird. Da die Verbrauchsunterschiede zwischen Sommer und Winter nicht durch Speicherung aufgefangen werden können, muß die Erdgasförderung im Sommer gedrosselt werden. Dies ist aber nur in den reinen Erdgasfeldern (Trockengas) möglich, während der Anfall in den Erdölfeldern (Naßgas) von der Höhe der Ölförderung abhängt. Die idealen Verbraucher von Erdgas wären daher solche, deren Bedarf während des ganzen Jahres annähernd konstant bleibt, also in der Hauptsache wärmeintensive Industriebetriebe¹⁾.

Die Erdgasförderung wurde seit der Übernahme der Förderbetriebe in österreichische Verwaltung besser als in der sowjetischen Ära auf energiewirtschaftliche Nutzung abgestellt. Die Verwendung von Erdgas im Gasliftbetrieb der Ölsonden wurde bereits eingeschränkt und man geht allmählich auf andere Fördermethoden über. Allerdings erfordern sie be-

¹⁾ Bedarfsschwankungen in gewissen Grenzen lassen sich durch Drosselung oder Steigerung der Erdgasförderung in den Trockengasfeldern ausgleichen. Da aber die Leistung einer Sonde begrenzt ist, muß die Zahl der Sonden, wenn große Bedarfsschwankungen überbrückt werden sollen, stark vermehrt werden, wodurch die Förderkosten steigen.

trächtliche Investitionen und außerdem Zeit. Auch jetzt gehen noch immer beträchtliche Erdgasmengen verloren. Im Laufe des letzten Jahres sind zwar verschiedene Pläne über den künftigen Ausbau der Erdgaswirtschaft gemacht worden; ihre Durchführung wurde aber verzögert. Welchem der bestehenden Projekte (Erdgasleitung Richtung Semmering bis zum steirischen Industriegebiet, Erdgaskraftwerk im südlichen Wiener Becken, Erdgasleitung Richtung Westen bis Amstetten) der Vorzug gebührt, wird man erst entscheiden können, bis verlässliche Angaben über die Verbrauchsdichte in den zu versorgenden Gebieten sowie über Preise und Investitionskosten vorliegen. Schließlich wird auch noch zu prüfen sein, ob nicht die kürzlichen Schätzungen der Geologischen Bundesanstalt über die Erdgasvorräte zwingen, die künftige Erdgasförderung niedriger anzusetzen, als man sie bisher annahm.

Die Stromerzeugung der öffentlichen Kraftwerke war im Mai mit 778 Mill. kWh um 17 Mill. kWh höher als im Mai 1955, aber dank reichlicherer Wasserführung um 119 Mill. kWh höher als im Vormonat. Die Dampfkraftwerke mußten nur noch 8% zur Gesamterzeugung beitragen, gegen 23% im April. Da zwei Drittel des kalorischen Stromes aus Erdgas erzeugt wurden, konnte ein großer Teil der planmäßigen Kohlenzufuhren auf Lager gelegt werden. Ende Mai waren auf den Lagerplätzen der Dampfkraftwerke 113.000 t Kohle (SKB) vorrätig, gegen 79.000 t Ende April.

Seit die Expansion der Industrieproduktion nachläßt, ist auch die Zuwachsrate des Stromverbrauches geringer geworden. In den Monaten März bis Mai war der Verbrauch nur noch um 6%, 5% und 7% höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres (während die Steigerung von 1954 auf 1955 noch durchschnittlich 14% betrug).

Die geplante Erhöhung der Strompreise (vorläufig hat der Verbundkonzern eine durchschnittliche Steigerung um 22% beantragt), wird die bisher stark überhöhten Zuwachsraten des Stromverbrauches weiter dämpfen. Die bisher durch ungenügende Verzinsung des in den Kraftwerken investierten Kapitals niedrig gehaltenen Strompreise haben nicht nur die Eigenfinanzierung der Elektrizitätswirtschaft stark geschwächt und ihre Ansprüche an den Kapitalmarkt ungewöhnlich erhöht, sondern auch die Stromkonsumenten vielfach zu Umstellungen veranlaßt, die sie bei kostendeckenden Tarifen unterlassen hätten. Besonders stark wird wahrscheinlich die geplante überdurchschnittliche Steigerung der Nachtstromtarife ins Gewicht fallen sowie die Beschränkung der billigen Sommertarife von bisher sechs Monaten

(April bis September) auf nur noch vier Monate (Mai bis August). Zahlreiche Saisonbetriebe werden davon betroffen. In welchem Umfange die einzelnen Landesgesellschaften eine allfällige Verteuerung des „Verbundstromes“ auf ihre Konsumenten weiterwälzen werden, kann derzeit noch nicht beurteilt werden. Grundsätzlich gilt aber für die Berechnung der Tarife der Landesgesellschaften das gleiche wie für den Verbundtarif, nämlich, daß das Anlagekapital bisher ungenügend verzinst und zum Teil auch ungenügend amortisiert worden ist.

Obwohl die Kohlenvorräte, die sich in den Wintermonaten stark gelichtet haben, wieder ergänzt wurden, hat die österreichische Wirtschaft in den ersten fünf Monaten nur gleich viel Kohle bezogen wie im Vorjahre. Inlands- und Auslandsanteil blieben unverändert. Die höheren Steinkohleneinfuhren in den Monaten April und Mai gingen fast ausschließlich in die Kokerei Linz, die ihre Kokserzeugung beträchtlich erhöhen muß, weil die VÖEST den vierten Hochofen anblasen werden. Da die Mehrbezüge nur durch Importe aus den USA gedeckt werden konnten, stieg der Anteil der amerikanischen Steinkohle an den gesamten Steinkohlenimporten auf nahezu 60%. Westdeutschland lieferte im Mai nur noch 14% der Steinkohle, gegen fast 30% im Vorjahr und über 50% im Durchschnitt des Jahres 1954.

Außer der Linzer Kokerei haben in den beiden letzten Monaten nur noch die Kraftwerke (6%), die Gaswerke (53%) und die Hausbrandbesitzer (11%) mehr Kohle gekauft als im Vorjahre. Die Industrie bezog geringfügig weniger, obwohl gerade energieintensive Industriezweige ihre Produktion seit dem Vorjahre noch erheblich steigerten. Der Kohlenbedarf der Industrie wird durch Rationalisierung des Verbrauches und Verwendung von Heizöl vermindert.

Der inländische Kohlenbergbau konnte im April und Mai die arbeitstägige Förderung gegenüber dem Vorjahre um 1% und 3% steigern. Da aber beide Monate um je einen Arbeitstag weniger hatten als damals, war die Gesamtförderung etwas niedriger (275.000 t und 260.000 t gegen 284.000 t und 265.000 t).

Da die Kapazitätsgrenzen der jetzt fördernden Betriebe fast erreicht sind, bemüht man sich neue Lager aufzuschließen. So ergaben Probebohrungen in Zillingdorf (Burgenland), daß außer dem dort bereits seit langem ausgekohlten Tagebau in tieferen Schichten noch etwa 24 Mill. t lignitischer Braunkohle lagern. Man plant, wenn Versuche mit neuartigen Abbaumaschinen erfolgreich verlaufen, einen Grubenbetrieb, der im Vollausbau rund 600.000 t Braunkohle liefern könnte. Sie soll an Ort und Stelle ein kalorische Großkraftwerk speisen.

Die Entwicklung des Heizölverbrauches

Der Verbrauch von Heizöl hat seit Kriegsende stürmisch zugenommen und die Kohlenimporte stark entlastet. Besonders in den letzten drei Jahren, seit durch die Wechselkursvereinheitlichung und die stark steigenden Kohlenpreise auf dem Weltmarkt die Billigkeit des inländischen Heizöles besonders augenfällig wurde, konnte das Angebot mit der Nachfrage nicht mehr Schritt halten¹⁾. Immer wieder warnen amtliche Stellen die Verbraucher, daß die vorhandenen Mengen nicht mehr ausreichen, die schon bestehenden Ölfeuerungen zu versorgen.

Seit 1937 ist der Heizölverbrauch in der österreichischen Wirtschaft auf nahezu das Zwölfwache gestiegen. Im Jahre 1955 wurden 937.000 t Heizöl verfeuert, die dem Heizwert nach etwa 1/4 Mill. t Steinkohle oder 30% der gesamten Kohlenimporte des Jahres 1955 entsprechen.

Annähernd zwei Drittel des gesamten Heizöles werden gegenwärtig von der Industrie verbraucht (1955 = 638.000 t), die damit dem Heizwert nach bereits mehr Heizöl verwendet als ausländische Kohle (wenn man von dem aus Auslandskohle erzeugten Koks absieht), denn der gesamte Auslandskohlenbezug der Industrie (ohne Hochofenkoks) betrug im Jahre 1955 nur 715.000 t (SKB).

Als weitere große Heizölverbraucher folgen die kalorischen Kraftwerke, die im Jahre 1955 fast 12% des ganzen Dampfstromes aus Heizöl erzeugten und 125.000 t Öl bezogen. Schließlich beziehen auch die Kleinverbraucher mehr Heizöl (1955: 130.000 t). Geringere Mengen beanspruchten die Bundesbahnen (1955: 38.000 t).

Heizölverbrauch in Österreich

Jahr	Kalorische Kraftwerke	ÖBB	Industrie	Kleinverbraucher	Insgesamt
1937					85 512
1947	69 116	41 330	78 760	8 200	197 406
1948	31 995	9 023	79 392	6 500	126 910
1949	16 048	4 591	95 951	7 600	124 190
1950	20 077	4 119	190 587	25 800	240 583
1951	85 672	9 158	256 640	38 197	389 667
1952	63 596	30 288	349 713	39 907	483 504
1953	65 163	31 003	414 318	44 335	554 819
1954	109 759	34 449		602 041	746 249
1955	124 429	38 393	638 442	135 629	936 893

Da die inländischen Lieferungen von Heizöl im Jahre 1955 bei weitem nicht mehr ausreichten, den dringenden Bedarf zu decken, mußten größere Mengen importiert werden (169.000 t), um Störungen wichtiger Produktionszweige zu vermeiden. Mehr als

¹⁾ Eine Tonne Heizöl kostet derzeit weniger als eine Tonne Importsteinkohle, hat aber einen um 30% bis 50% höheren Heizwert.

die Hälfte des importierten Heizöles (93.000 t) war für die kalorischen Kraftwerke bestimmt, die damit drei Viertel ihres Gesamtverbrauches aus dem Auslande bezogen. In der Industrie erreichten die Auslandsbezüge mit rund 70.000 t knapp 10%.

Inlandbezug und Import an Heizöl im Jahre 1955

Verbrauchergruppe	Inland	Import	Insgesamt
Kraftwerke	30.930	93.499	124.429
ÖBB	38.142	251	38.393
Industrie	568.510	69.932	638.442
Kleinverbraucher	130.392	5.237	135.629
Insgesamt	767.974	168.919	936.893

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 51 bis 529

Die Industrieproduktion hatte bis April die witterungsbedingten Rückschläge vom Februar und März überwunden. Der saisonbereinigte Produktionsindex, der in diesen beiden Monaten nur noch um 1% und 4% höher war als im Vorjahre, stieg im April um fast 5%, erreichte mit 241 (1937 = 100) einen neuen Höchststand und war damit um über 9% höher als im April 1955. Im Durchschnitt der ersten vier Monate betrug die Zuwachsrate der Industrieproduktion allerdings nur noch 6 2/3%, gegenüber 18% in der gleichen Zeit des Vorjahres. Selbst wenn man den ungewöhnlich starken Saisonrückschlag im heurigen Winter berücksichtigt, hat das Tempo der Produktionsausweitung erheblich abgenommen. Während aber im Vorjahre die expansiven Tendenzen überwiegend von den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien ausgingen, deren Produktion damals eine überdurchschnittlich hohe Zuwachsrate hatte, nimmt heuer die Erzeugung der einzelnen Industriezweige viel gleichmäßiger zu. Wenn man von der Tabakindustrie absieht, die durch das Aufhören der USIA-Konkurrenz ihren Absatz besonders stark ausweiten konnte (um 18%), weicht die Entwicklung in den wichtigsten Zweigen viel weniger stark vom Durchschnitt ab als im Vorjahr.

Nur im Bergbau, dessen Leistungsgrenzen längst erreicht sind, in der chemischen Industrie und in der Papierindustrie, wo die Kapazität zum Teil ebenfalls begrenzt ist, blieb die Zuwachsrate heuer stärker unter dem Durchschnitt. Extrem hohe Zuwachsraten sind nirgends mehr festzustellen. Nur in der Fahrzeugindustrie, in der Baustoffindustrie und in der Leder- und Schuhindustrie liegen sie stärker über dem Durchschnitt.

Aber auch diese kleinen Zuwachsraten waren in vielen Industrien nur möglich, weil der Export ungewöhnlich stark zugenommen hatte. Vom Produk-

Zuwachsraten der Produktion, Beschäftigung und Produktivität im 1. Trimester 1955 und 1956

	Jänner bis April 1955	Jänner bis April 1956
	Produktionszuwachs gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres in Prozent	
Industrie insgesamt	18,2	6,2
Beschäftigung	6,8	4,7
Produktivität	10,7	1,4
Bergbau	7,5	0,3
Magnesitindustrie	14,9	8,1
Eisenhütten	21,1	6,5
Metallhütten	25,2	7,3
Gießereindustrie	27,5	8,6
Fahrzeugindustrie	53,6	11,7
Maschinenindustrie	28,1	5,6
Baustoffindustrie	23,2	9,6
Elektroindustrie	17,9	6,3
Chemische Industrie	14,7	1,8
Papierindustrie	12,0	3,2
Leder- und Schuhindustrie	17,4	9,8
Textilindustrie	8,4	4,2
Nahrungsmittelindustrie	9,1	7,7
Tabakindustrie	7,3	18,3

tionszuwachs der gesamten Industrie entfallen in der Zeit von Jänner bis April 90% auf zusätzliche Exporte.

Die Expansion hat sich allerdings überwiegend bei den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien abgeschwächt, deren Zuwachsrate im Vorjahre noch 24% betrug, heuer aber nur noch knapp 7%, während die Konsumgütererzeugung¹⁾ in acht wichtigen Zweigen heuer um fast 9% höher war als im Vorjahr.

Der Index der Bergbauproduktion blieb im April und Mai geringfügig unter dem Niveau des Vorjahres. Da aber beide Monate um je einen Arbeitstag kürzer waren, war die arbeitstägige Förderung sogar etwas höher. In den einzelnen Sparten war die Entwicklung nicht einheitlich. Während z. B. im Mai um 6% mehr Eisenerze gefördert wurden als im Mai des Vorjahres, war die Förderung von Kupfererzen und von Blei-Zinkerzen um 17% und 9% geringer. Auch bei Rohtalkum und Ton (einschließlich Bentonit) blieb die Erzeugung unter der des Vorjahres.

Die Erdölförderung (die noch nicht in den Index der Bergbauproduktion einbezogen worden ist) erreichte im Mai 296.000 t gegenüber 321.000 t im Mai des Vorjahres. Rund 80% der Gesamtförderung stammen aus dem Matzener Revier, knapp 20% aus den alten Ölfeldern. Da Matzen fast nur asphaltisches Rohöl liefert, betrug der Anteil dieser Ölart an der Gesamtförderung fast 82%. In der Gesamtsumme ist erstmals auch die Produktion der im Mai fündig gewordenen Sonde von Puchkirchen (Oberösterreich) enthalten, die in den wenigen Tagen bis zu ihrer Stilllegung 182 t lieferte.

¹⁾ Neuberechnung des Institutes; siehe dazu auch Monatsberichte, Jg. 1956, Heft 5, S. 165.

Die Erdgasförderung wurde mit dem Beginn der wärmeren Jahreszeit gedrosselt, um Gasverluste zu vermeiden. Sie betrug im Mai nur noch 53 Mill. m^3 , gegen durchschnittlich 70 Mill. m^3 im I. Quartal 1956. Da die Förderung von Naßgas, das bei der Ölförderung anfällt, nicht gedrosselt werden kann, ohne die Ölförderung einzuschränken, wurde vor allem die Lieferung aus den reinen Erdgassonden (Trockengas) vermindert.

Die ungeklärten Rechts- und Eigentumsverhältnisse in der Erdölwirtschaft haben ihre Entwicklung praktisch ein Jahr lang entscheidend gehemmt. In dieser Zeit sind zwar beträchtliche innerbetriebliche Verbesserungen im Bereiche der ÖMV gelungen — so wurde damit begonnen, den Gasliftbetrieb, bei dem beträchtliche Mengen Erdgas verlorengehen, durch andere Fördermethoden zu ersetzen —, andererseits aber waren längerfristige Investitionen, wie Neuaufschlussarbeiten, Leitungsbauten u. a., nur beschränkt möglich. Besonders nachteilig sind die Verzögerungen in der Erdgaswirtschaft, da sie mit verhältnismäßig geringem Aufwand großen Ertrag abwerfen könnten. Die bisherigen Projekte und Planungen sind über das Anfangsstadium nicht hinausgediehen.

Die Geologische Bundesanstalt hat im Juni 1956 eine Schätzung über die gewinnbaren Erdöl- und Erdgasvorräte in den bereits aufgeschlossenen niederösterreichischen Ölfeldern und in den angrenzenden Hoffungsgebieten veröffentlicht. Danach betragen die nachgewiesenen gewinnbaren Ölvorräte des Wiener Beckens etwa 58 Mill. t , die Gasvorräte rund 20 Mrd. m^3 . Zu diesen Gasvorräten kommen noch solche in den Gaskappen der Ölfelder (hauptsächlich Matzen), die etwa 8 bis 10 Mrd. m^3 betragen sollen, aber erst gewonnen werden können, wenn die betreffenden Ölfelder ausgebeutet sind. Da dies möglicherweise noch Jahrzehnte dauern kann, wurden diese Erdgasvorräte gesondert ausgewiesen.

Von den gesamten Ölvorräten entfallen 54 Mill. t oder 92% auf Matzen, das den Kern der österreichischen Erdölgebiete darstellt. Allerdings deuten diese Zahlen auch an, daß die Geologen sehr vorsichtig geschätzt haben und mögliche Erfolge in anderen Gebieten Österreichs noch nicht in Rechnung gestellt haben. Immerhin gibt es noch eine ganze Reihe von erdöhlöffigen Gebieten in Österreich, wie etwa das südliche Wiener Becken, das westliche niederösterreichische Weinviertel, das oststeirisch-südburgenländische Becken und schließlich das oberösterreichische Alpenvorland. Insgesamt bezeichnen die Geologen rund 24 000 km^2 , also fast ein Drittel der österreichischen Bodenfläche, als erdöhlöffig. Die Erwar-

tungswerte für die einzelnen Gebiete sind allerdings sehr verschieden. Wie aber das Ergebnis der ersten oberösterreichischen Bohrung in Puchkirchen zeigt, sind weitere Erfolge sehr wahrscheinlich, wenn auch über Größe und Umfang der neuen Lagerstätten gegenwärtig noch kein Urteil abgegeben werden kann.

Sollte Matzen wirklich das einzige große Erdölrevier Österreichs sein, so muß man die zukünftige österreichische Erdölwirtschaft (und im Zusammenhang damit auch die Frage der Reparationslieferungen, der Investitionen in der verarbeitenden Industrie, der Umstellung auf Ölleuerung u. a. m.) ganz anders beurteilen, als wenn man mit neuen Revieren rechnet. Ohne neue Funde könnte die gegenwärtige hohe Förderung von über 35 Mill. t pro Jahr höchstens noch wenige Jahre aufrechterhalten werden. Die Erfahrung lehrt nämlich, daß die Ergiebigkeit von Ölfeldern in den ersten Jahren (je nach dem Tempo ihrer Aufschließung) rasch steigt und einen Höhepunkt erreicht, dann aber sehr rasch auf die Hälfte oder ein Drittel der Höchstförderung absinkt und von da ab langsam bis zur Erschöpfung der Lagerstätte abnimmt.

Ohne neue Funde wäre schon lange vor dem Ende der Ablöselieferungen mit einem starken Rückgang der Erdölförderung zu rechnen, die dann nicht mehr ausreichen würde, den inländischen Verbrauch und die Ablöselieferungen zu decken.

Der Index der *eisenschaffenden* Industrie konnte im April den Höchststand vom März nicht halten und ging um fast 6% zurück. Im Durchschnitt der ersten vier Monate 1956 war er um nahezu 7% höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Während aber die Ausweitung der Produktion in der letzten Zeit nur noch durch bessere und rationellere Ausnutzung der vorhandenen und vollbeschäftigten Anlagen möglich war, wird sie schon in der zweiten Hälfte 1956 wieder zunehmen, weil inzwischen einige größere Investitionen fertig geworden sind. Mitte April sind die VÖEST in Linz in ihrem Oxygen-Stahlwerk auf den Dreikonverterbetrieb übergegangen und haben damit ihre Rohstahlkapazität auf 11 Mill. t im Jahr (Erzeugung 1955 = 710 000 t) erhöht. Da die Roheisenerzeugung der bisher in Linz betriebenen drei Hochofen nicht mehr ausreicht, den Bedarf des Stahlwerkes, der Gießereien und größere Exportverpflichtungen zu decken, wird im August ein vierter Hochofen angeblasen werden. Danach verbleibt nur noch ein Hochofen in Reserve, womit das Hochofenwerk praktisch voll ausgelastet ist.

Was die zusätzliche Erzeugung an Erz und Kohle braucht, muß allerdings ausschließlich impor-

tiert werden. Die inländische Erzförderung reicht schon jetzt bei weitem nicht aus, die Roheisenerzeugung (rund 15 Mill. t im Jahr) zu decken. Einschließlich des Bedarfes des vierten Linzer Hochofens wird in Zukunft mindestens die Hälfte des Erzbedarfes (bezogen auf den Eisengehalt) importiert werden müssen. Um die Kokskapazität mit dem erhöhten Bedarf der Hochöfen in Einklang zu bringen, muß die Kokerei in Linz ab Mitte des Jahres die Erzeugung von Gießereikoks zugunsten der Erzeugung von Hochofenkoks einstellen.

Einer der wichtigsten von der USIA übernommenen Betriebe der eisenschaffenden Industrie, die Schmidhütte in Krems, soll in Zukunft die gesamte Erzeugung warmgewalzter Feibleche und oberflächenveredelter Bleche übernehmen. Zu diesem Zweck werden zwei Feiblechwalzwerke, die nach dem Kriege in Linz errichtet wurden, nach Krems übertragen. Das Vormaterial wird von der Breitbandstraße in Linz geliefert werden. Die in Krems schon vorhandene Verzinkerei wurde modernisiert. Außerdem will man eine in Linz geplante Anlage für Feuerverzinnung nun in Krems aufstellen.

Die drei Ybbstalwerke, die auch die USIA verwaltete und die inzwischen dem Böhler-Konzern angegliedert wurden, müssen grundlegend modernisiert werden. Die erste Etappe des Investitionsprogrammes erfordert über 40 Mill. S und wurde bereits begonnen. Der Gesamtplan sieht neue Anlagen im Werte von fast 130 Mill. S vor.

In den Edelstahlwerken werden derzeit neue Elektroöfen installiert, die die Stahlkapazität vergrößern werden. Auch ein neues Walzwerk für die Erzeugung von Stabstahl, Profilen und Draht wird gebaut, das zum Teil Anfang 1957 fertig werden soll.

Dank einer beträchtlichen Ausweitung der Aluminiumerzeugung ist der Index der *Metallhütten* im April um 35% gestiegen und war im Durchschnitt der ersten vier Monate des Jahres 1956 um 7% höher als im Vorjahr. Trotz starken Preiseinbußen auf den internationalen Metallmärkten, vor allem bei Blei und Kupfer, sind die österreichischen Erzeugerwerke nach wie vor voll beschäftigt. Die Halbzeugwerke, die in den Wintermonaten teilweise über Absatzschwierigkeiten geklagt hatten, produzieren nun wieder mit voller Kapazität. Kupfer- und Aluminiumhalbzeug wurde heuer seit Jahresbeginn um 27% und 12% mehr erzeugt als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die neue Zinkelektrolyse in Kärnten, die seit etwas mehr als einem halben Jahr arbeitet, nützt bereits drei Viertel ihrer Kapazität aus.

Die Produktion der *Gießereiindustrie* hat sich in den letzten Monaten auf hohem Niveau stabilisiert.

Der übliche Rückschlag in den Wintermonaten blieb heuer aus, weil die wichtigsten Gußverbraucher, z. B. die Maschinenindustrie, in der Hochkonjunktur zu Jahresende ihre Vorräte erschöpft hatten und größere Mengen nachbestellen mußten. Diese Sonderkonjunktur, die aber inzwischen wieder aufgehört hat, konnte die erzeugungsschwachen Monate nach Jahresbeginn überbrücken. Die echte Expansion der Nachfrage, die bis Jahresende noch deutlich zu erkennen war, ist inzwischen verebbt, weil die Investitionsgüterindustrien mit ihren Bestellungen zurückhaltender geworden sind. Der Produktionsindex der Gießereien war im Durchschnitt Jänner bis April um fast 9% höher als in der gleichen Vorjahreszeit. Nach wie vor konzentriert sich die Nachfrage auf die Eisengießereien, vor allem auf Grauguß, während die Metallgießereien an der Konjunktur weniger teilhaben.

Auch in der *Fahrzeugindustrie* nimmt die Produktion seit Jahresbeginn nur noch wenig zu. Ihr Produktionsvorsprung gegenüber dem Vorjahr (von Jänner bis April) beträgt zwar noch immer 12% und ist damit am höchsten unter allen Industriezweigen; das kann aber nicht darüber täuschen, daß die Gesamtnachfrage im Inlande schwächer und die gute Entwicklung der Produktion in erster Linie Sonderinflüssen zu danken ist. So z. B. gelang es der Traktorenindustrie, die nach wie vor keine Konkurrenz Sorgen auf dem Inlandsmarkt kennt, mit einer neuen Type für kleinere landwirtschaftliche Betriebe auf den Markt zu kommen und sich hier eine neue, große Käuferschicht zu erschließen. Ebenso konnte der seit längerem, vor allem im Auslande sichtbare Rückgang der Nachfrage nach Motorrädern zuerst durch Übergang zur Rollererzeugung aufgefangen werden. Seit auch hier die Nachfrage merklich schwächer wurde, konnte rechtzeitig die Erzeugung von Mopeds in großem Stil aufgenommen werden und innerhalb eines Dreivierteljahres auf fast 12.000 Stück pro Monat gesteigert werden. Auch da wurde eine neue, große Käuferschicht erschlossen.

Das Personenkraftwagenassembling, das seit dem Herbst des Vorjahres stärker zurückgegangen war als die Personenkraftwagenimporte, hat durch die neue Kleinwagentype Fiat 600 starken Auftrieb erhalten; seit März liegen die Assemblingziffern um mehr als ein Drittel höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, obwohl die Einfuhr von Personenkraftwagen in der gleichen Zeit des Vorjahres um fast 10% gesunken ist.

Andererseits bekommen andere Sparten der Fahrzeugindustrie, wie z. B. die Lastkraftwagen- und Autobusindustrie, die Nachfrageschwäche um so stärker zu spüren. Besonders die Erzeugung von Autobussen und

Obussen mußte, zum Teil wegen der verschärften Importkonkurrenz, auf ein Drittel des Vorjahres eingeschränkt werden

Die Produktion der *Maschinenindustrie* ist im März und April überraschend stark gestiegen (in beiden Monaten um je fast 10%) und hat den Höchststand von Ende 1955 knapp erreicht. Im Durchschnitt Jänner bis April war sie um 6% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Diese Entwicklung widerspricht scheinbar der Feststellung, daß die Investitionstätigkeit abnimmt und die Bestellungen der Inlandskunden zurückgehen. Die stärkere Ausweitung der Produktion im März und April ist aber zum Teil auf den raschen Start in witterungsabhängigen Zweigen (Stahlbau) zurückzuführen. Vielfach handelt es sich um längerfristige Vorhaben, die nicht so rasch auf Änderungen der Investitionsneigung reagieren. Entscheidend fällt ins Gewicht, daß die Exporttätigkeit der Maschinenindustrie stark intensiviert wurde und die höheren Exporte zumeist die Abschwächung der Inlandsnachfrage überkompensierten. Von Jänner bis April hat die Maschinenindustrie wertmäßig um 43% mehr exportiert als im Vorjahre. Da die Exportquote der Maschinenindustrie damals etwa 30% betragen hat, hätte die Produktion — bei gleichbleibender Inlandsnachfrage — um 13% ausgeweitet werden müssen, um die höhere Exportnachfrage zu decken. Tatsächlich hat aber die Produktion nur um knapp 6% zugenommen, weil die Inlandsnachfrage sank. Die Schwächen der heimischen Investitionsgüternachfrage werden durch die Exporterfolge verdeckt.

Die Investitionsgüterindustrien erhoffen sich durch die kürzlich vom Finanzministerium gebilligte Anwendung der degressiven Abschreibung bei neu angeschafften Wirtschaftsgütern Impulse der Investitionstätigkeit. Die degressive Abschreibung könnte zumindest zum größten Teil den Ausfall der bisherigen „Bewertungsfreiheit“, die bekanntlich seit Anfang 1956 nicht mehr gilt, wettmachen. Schließlich erwartet man auch, daß ein Großteil jener Unternehmer, die erst jetzt die Schillingeröffnungsbilanzen fertigstellen, neue Investitionsaufträge vergeben werden, sobald sie die Ertragslage ihrer Betriebe an Hand der geänderten Vermögensaufstellung überprüfen können.

Auch die Exporte der *Elektroindustrie* haben stärker zugenommen als die Produktion und den Rückgang der Inlandsnachfrage überkompensiert. Während die Produktion seit dem Vorjahre um 6% stieg, wurden die Exporte um 36% ausgeweitet. Bei einer rund 25%igen Exportquote der Elektroindustrie bedeutet dies, daß der Exportzuwachs dreimal so groß war wie der Ausfall an Inlandsnachfrage.

Allerdings gelang die Umschichtung der Produktion von Inlands- auf Exportnachfrage — so wie in der Maschinenindustrie — nicht in allen Sparten. Vor allem die konsumorientierten Zweige, die im Auslande nicht konkurrenzfähig sind, mußten die Erzeugung einschränken. Sie erzeugten in den ersten vier Monaten des Jahres 1956 um 5% weniger Elektroartikel für den Konsum als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die *Baustoffproduktion* liegt um 10% über der des Vorjahres und reicht trotzdem kaum aus, die Nachfrage zu decken. Abgesehen von regionalen Versorgungsschwierigkeiten sind im allgemeinen keramische Ziegel besonders knapp, während die Lieferfristen bei den meisten übrigen Baustoffen schon viel kürzer geworden sind. Die Ziegelindustrie hofft aber, bis zum Herbst das Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot herstellen zu können, falls nicht wieder ähnlich ungünstige Wetterverhältnisse eintreten wie im Vorjahr. Die Betriebe bemühen sich, heuer möglichst große Rohwarenvorräte anzulegen, um den Brennbetrieb auch nach Saisonschluß möglichst lange weiterführen zu können.

Die Erzeugung der *chemischen Industrie* liegt seit Jahresanfang nur knapp über der des Vorjahres. Die einzelnen Sparten entwickeln sich allerdings uneinheitlich. Teilweise verhindern Kapazitätsengpässe, wie z. B. in einigen Betrieben der Schwerchemie oder in der Gummiindustrie, weitere Produktionssteigerungen. Bei einigen Konsumgütern, so vor allem in der Seifen- und Waschmittelindustrie, hat die Nachfrage nachgelassen und Produktionseinbußen verursacht.

Die *Papierindustrie* hat seit Jahresanfang um 3% mehr produziert als im Vorjahre. Außer Zellulose und Holzschliff wurde vor allem mehr Rotationspapier erzeugt, während die graphischen Papiere und die Pappe etwas einbüßten. Der Export der Papierindustrie hat seit dem 1. Trimester des Vorjahres mengenmäßig um 10% und wertmäßig um knapp 9% zugenommen. Besonders stark stieg die Ausfuhr von Rotationspapier (mengenmäßig um 46%, wertmäßig um 51%).

Die *papierverarbeitende Industrie* klagt zwar über die wachsende Importkonkurrenz, die vor allem billige Massenartikel anbietet, konnte aber trotzdem ihre Erzeugung seit dem Vorjahre in einzelnen Sparten um 5 bis 10% ausweiten. Die hohen Umsätze im Einzelhandel und die gesteigerten Ansprüche der Konsumenten an die Verpackung sichern den einschlägigen Betrieben der Papierverarbeitung reichliche Nachfrage.

In der *holzverarbeitenden* Industrie leiden die exportorientierten Betriebe der Plattenindustrie unter scharfem Konkurrenzdruck auf den ausländischen Absatzmärkten. Verschiedentlich, wie z. B. bei Holzfasern- und Dämmplatten sowie bei Sperrholz, mußte die Produktion etwas eingeschränkt werden. Hingegen hält die Konjunktur in der *Möbelindustrie* nach wie vor an. Von Jänner bis April produzierte sie heuer um 17% mehr als im Vorjahre.

Nach übersaisonnmäßigen Rückschlägen im Februar und März nahm die Nachfrage nach *Textilgütern* im April wieder zu. Die Erzeugung stieg in diesem Monat um 4% stärker als saisonüblich. Im Durchschnitt der ersten vier Monate des Jahres 1956 lag der Index der Textilerzeugung um 4% über der gleichen Vorjahreszeit. Nach wie vor aber stagnieren die großen Bereiche der Textilindustrie, vor allem die Baumwollindustrie, die die Vorjahresproduktion heuer nicht erreicht. Die Expansion beschränkt sich auf einige kleinere Bereiche, wie z. B. die Strick- und Wirkwarenindustrie, Kunstseidenindustrie und Stickerieindustrie, die zum Teil an Sonderkonjunkturen im Export beteiligt sind.

Die *Bekleidungsindustrie* produzierte im 1. Trimester um 7% mehr als im Vorjahr, wurde aber durch das schlechte Frühlingwetter stark beeinträchtigt und hätte unter normalen Witterungsbedingungen weit besser abgeschnitten.

Umsätze und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Der Einzelhandel hat sich im Mai vom Rückschlag des Vormonats großteils wieder erholt. Die Umsätze stiegen um 8%, während sie saisongemäß um etwa 3% abnehmen sollten, und waren mengenmäßig um 6% höher als im Vorjahr gegen durchschnittlich 4% im März und April. Da der Mai heuer um einen Verkaufstag weniger hatte als im Vorjahr (23 gegen 24), haben die Mengenumsätze je Verkaufstag sogar um 11% zugenommen.

Umsätze des Einzelhandels

	Werte		Mengen ¹⁾	
	Jänner— Februar	März— Mai 1956 in %	Jänner— Februar von 1955	März— Mai
Lebensmittel	111,5	105,1	112,8	103,7
Tabakwaren	113,5	113,8	113,5	113,9
Textilien	110,8	102,3	110,8	102,3
Schuhe	122,4	105,0	122,5	102,1
Möbel, Teppiche, Gardinen	125,0	117,1	118,9	107,5
Hausrat, Glas, Porzellan	122,3	107,4	116,1	98,6
Sonstiges	124,3	110,7	119,1	104,3
Insgesamt	114,1	106,3	114,0	104,8

¹⁾ Schätzung. Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen mit dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes (mit einigen Adaptierungen).

Der Ausfall des Frühjahrgeschäftes konnte aber nicht mehr wettgemacht werden, da die Wetterbesserung zu spät kam. Faßt man die Monate März bis Mai zusammen, so wurde das Umsatzvolumen des Vorjahres nur um 5% überschritten, gegen 14% im Jänner und Februar. Allerdings war die Nachfrage zu Beginn des Jahres infolge der sprunghaften Einkommenserhöhung dank Sonderzahlungen außergewöhnlich lebhaft; im IV. Quartal 1955 waren die Mengenumsätze nur um 10% höher als im Vorjahr. Da die Zuwachsraten der Masseneinkommen in den letzten Monaten sinkt¹⁾ (die Beschäftigung nimmt nur noch wenig zu und die Überstunden gehen zurück), ist auch im Einzelhandel nicht mehr mit ähnlichen Umsatzsteigerungen wie zu Jahresbeginn zu rechnen.

Da sich die Händler mit Saisonware größtenteils bereits eingedeckt hatten, sind nach den Ergebnissen des Konjunkturtests die Wareneingänge im Mai durchwegs weniger gestiegen als die Umsätze oder sogar leicht gefallen. Auch die Bestellungen sind in den meisten Branchen zurückgegangen. Nur wo die Umsätze in den Sommermonaten gewöhnlich stärker zunehmen (Photohandel, Parfümerien und Drogerien, Geschirrgeschäfte), sind die Bestellungen noch gestiegen.

An der allgemeinen Nachfragebelebung im Mai hatten die einzelnen Betriebsformen und Branchen ungleichen Anteil. Die Umsätze der *Warenhäuser* nahmen um 18% zu (im Durchschnitt 1951 bis 1955 um 1% ab) und waren um 10% höher als im Vorjahr (im Jänner und Februar aber um durchschnittlich 17%). Die *Konsumgenossenschaften* verkauften um 5% mehr als im April (in den Jahren 1951 bis 1955 um durchschnittlich 5% weniger), aber nur um 3% mehr als im Mai 1955 (im Jänner und Februar um 14%). In den *Fachgeschäften* waren die Verkäufe um 8% höher als im Vormonat und im Mai 1955.

Von den erfaßten Warengruppen schnitten auch im Mai *Tabakwaren* am besten ab. Die Umsätze nahmen um 14% zu (in den Jahren 1951 bis 1955 nur um durchschnittlich 1%) und waren wert- und mengenmäßig um 16% höher als im Mai 1955, obwohl der Geschäftsgang auch damals relativ gut war, weil das Angebot an *USIA-Zigaretten* zurückging. Dadurch waren in den Monaten März bis Mai die Tabakwarenverkäufe um 14% höher als im Vorjahr, gegen 13% im Jänner und Februar.

Nach dem Rückgang im April hat sich die Nachfrage nach *Möbeln und Wohnbedarf* im Mai wieder

¹⁾ Nach dem Lohnsummenindex des Institutes war die Nettolohnsumme der Industriearbeiter im Jänner um 22%, im Februar um 15%, im März um 13%, im April um 3% und im Mai um 8% höher als im Vorjahr.

stärker belebt. Die Umsätze nahmen um 23% zu — saisongemäß war ein leichter Rückgang zu erwarten — und waren wertmäßig um 17%, mengenmäßig aber nur um etwa 6% höher als im Vorjahr (im Jänner und Februar um durchschnittlich 24% und 18%). Gegenüber dem Vormonat stiegen vor allem die Verkaufserlöse des Handels mit Hausrat, Glas und Porzellan (+34%), zum Teil allerdings, weil sich emailliertes und verzinktes Geschirr verteuerte. Verglichen mit dem Vorjahr nahmen dagegen die Verkäufe von Möbeln, Teppichen und Gardinen stärker zu (wertmäßig um 19%, mengenmäßig um etwa 8%) als die von Hausrat, Glas und Porzellan (+15% bzw. +4%), nicht zuletzt, weil der legale Teppichabsatz im Vorjahr durch den Ausverkauf der USIA-Läden stark beeinträchtigt worden war. Auch im Durchschnitt der Monate März bis Mai waren die Mengenumsätze von Möbeln, Teppichen und Gardinen um 8% höher als im Vorjahr, während die von Hausrat, Glas und Porzellan um 1% darunter lagen.

Muttertag, Pfingsten und vor allem das schöne Wetter in der zweiten Monatshälfte haben auch die Umsätze des Handels mit Textilien und Bekleidung kräftig gesteigert. *Schuhe* wurden um 23% mehr verkauft als im Vormonat (saisongemäß hätten die Umsätze um etwa 3% abnehmen sollen) und mengenmäßig um 4% (wertmäßig um 9%) mehr als im Vorjahr (im Jänner und Februar aber um durchschnittlich 22% mehr). Die Umsatzsteigerung wurde vor allem gegen Ende des Monats erzielt, als schönes und warmes Wetter einsetzte, während der Geschäftsgang in der ersten Monatshälfte ziemlich flau war. Die Umsätze von *Textilien* nahmen von April auf Mai um 19% zu (saisongemäß war nur eine Steigerung von etwa 3% zu erwarten), sie waren aber trotzdem wert- und mengenmäßig nur um 3% höher als im Vorjahr (im Jänner und Februar um durchschnittlich 11%). Der Beginn der Badesaison und die Käufe von Muttertagsgeschenken haben den Absatz von Wäsche, Wirk- und Strickwaren überdurchschnittlich gesteigert, während Oberbekleidung und Meterware verhältnismäßig schwach gingen.

Auch die Nachfrage nach den unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßten Waren hat sich entgegen den Saison Erwartungen stark belebt. Die Umsätze stiegen im Durchschnitt um 18% (in den letzten fünf Jahren haben sie von April auf Mai um durchschnittlich 3% abgenommen) und waren wertmäßig um 11%, mengenmäßig aber nur um etwa 4% höher als im Vorjahr. Von April auf Mai nahmen vor allem die Verkäufe von Lederwaren (+49%) sowie Uhren, Gold- und Silberwaren (+41%) überdurchschnittlich zu, wäh-

rend Parfumerie- und Drogeriewaren nur um 4% und Papierwaren um 2% mehr verkauft wurden; die Umsätze des Buchhandels sanken sogar um 5%.

Die *Lebensmittelumsätze*, die im Durchschnitt der letzten fünf Jahre von April auf Mai um 3% zurückgegangen waren, nahmen heuer geringfügig (+0,4%) zu und waren wert- und mengenmäßig um 6% höher als im Vorjahr. Allerdings war der Geschäftsgang im Mai 1955, weil der Erste auf einen Sonntag fiel und die Konkurrenz der liquidierenden USIA-Geschäfte zugenommen hatte, verhältnismäßig schwach. Im Durchschnitt der Monate März bis Mai wurde das Umsatzvolumen des Vorjahres nur um 4% überschritten, gegen 13% im Jänner und Februar.

Der schwache Geschäftsgang des Einzelhandels im April spiegelt sich auch in den *Umsatzsteuereingängen* des Monats Mai teilweise wider. Der Bruttoertrag (einschließlich Rückvergütung) nahm von April auf Mai um 3% ab, während er im Durchschnitt der Jahre 1953 bis 1955 um 5% zugenommen hatte. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr sank von 16% im April auf 7% im Mai. Da die Rückvergütungen für Ausfuhrlieferungen entgegen der sonst üblichen Entwicklung nur um 2% zugenommen haben (im Durchschnitt 1953 bis 1955 um 138%), ist der Nettoertrag saisongemäß um 3% gefallen (in den vergangenen drei Jahren um durchschnittlich 5%). Er war um 11% höher als im Vorjahr.

An *Verbrauchssteuern* gingen im Mai 197 Mill. Schilling ein, um 13% mehr als im Vormonat und um 12% mehr als im Vorjahr. Saisonbedingt nahmen von April auf Mai die Einnahmen an Mineralölsteuer am stärksten zu (einschließlich Bundeszuschlag um 35%), während die Tabaksteuer nur um 5% und die Biersteuer um 2% mehr einbrachte. Der Ertrag der Weinsteuer nahm sogar um 12% ab. Im Vergleich zum Vorjahr brachte die Mineralölsteuer um 29%, die Tabaksteuer um 6% und die Biersteuer um 11% mehr ein. Nur der Ertrag der Weinsteuer ist infolge Wegfalles der Verbrauchsabgabe um 27% gesunken (die eigentliche Weinsteuer brachte dagegen um 9% mehr ein).

Seit dem Ende der USIA-Geschäfte ist der legale *Zuckerabsatz* stark gestiegen. Von Juni 1955 bis Mai 1956 wurden insgesamt 226 800 t Zucker abgesetzt gegen 192 365 t in der entsprechenden Vorjahreszeit (+18%). Dieser Zuwachs von 34 435 t dürfte allerdings nicht allein auf die Verlagerung der Käufe vom illegalen auf den legalen Markt zurückzuführen sein — der Zuckerabsatz der USIA-Geschäfte wurde auf etwa 25 000 t im Jahre geschätzt —, sondern auch auf eine echte Zunahme des Verbrauches, insbesondere

von Süßwaren, teils als Folge der Einkommenserhöhung¹⁾, teils dank der Verbilligung von Zucker²⁾ Außerdem ist infolge der ungünstigen Witterung der Bedarf für Bienenfütterung um rund 1.200 t (+53%) und der für Weinaufzuckerung um rund 1 100 t (+18%) gestiegen.

Absatz von Zucker¹⁾

Zeit	Insgesamt	Konsumenten und Kleingewerbe	Davon an Industrie	Imker	Weinbauern
Juni 1954 — Mai 1955	192 365	158 224	25 609	2 375	6 157
Juni 1955 — Mai 1956	226 800	186 101	29 834	3 622	7 243
Veränderungen in %	+17,9	+17,6	+16,5	+52,5	+17,6

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres, Sektion Volksernährung

Einschließlich der 8 644 t Prämienzucker erreichte der gesamte Zuckerverbrauch in der Zeit von Juni 1955 bis Mai 1956 rund 235.000 t oder fast 34 kg je Kopf. Er war damit insgesamt bereits um 78.000 t (50%) und je Kopf um 10 kg (45%) höher als vor dem Krieg. Da in der letzten Zuckerkampagne nur rund 193.000 t Zucker erzeugt wurden, müssen heuer wieder größere Mengen importiert werden. Aus Cuba werden zunächst 45 000 t Rohzucker eingeführt, die Zuckerfabriken möchten aber gerne noch etwa 25 000 t als Vorrat für das nächste Jahr einführen, um ihre Betriebe bis zum Beginn der nächsten Kampagne beschäftigen zu können und so Kosten zu sparen.

Die schon seit einigen Jahren festgestellte Verlagerung des *Fettkonsums* auf Pflanzenfette setzt sich heuer verstärkt fort. In der Zeit von Jänner bis Mai wurden um 29% mehr Pflanzenfette verbraucht als im Vorjahr, aber nur um 2% mehr Butter und um 15% weniger Importschmalz. Vom Mehrverbrauch an Pflanzenfetten in Höhe von 4 384 t entfallen 2 921 t oder 67% auf Speiseöl, 935 t (21%) auf Milchmargarine, der Rest auf Kokospesefett, Kunstpesefett.

¹⁾ Nach den Ergebnissen der Konsumerhebung 1954/55 nimmt mit steigenden Ausgaben der Verbrauch von Schokoladewaren ständig und der von Zuckerwaren meist zu, während der Zuckerkonsum ziemlich unverändert bleibt. So ist z. B. bei einer Zunahme der Gesamtausgaben auf rund das Siebenfache der Aufwand für Schokoladewaren auf das Fünffache, der für Zuckerwaren auf etwa das Dreifache gestiegen, während für Zucker nur um 4% mehr ausgegeben wurde. Demnach betrug die Einkommenselastizität der Nachfrage nach Schokoladewaren 0,70, der nach Zuckerwaren 0,33, nach Zucker aber nur 0,01.

²⁾ Die Preise für Zucker wurden im April 1955 infolge der Abschaffung der Zuckersteuer um 4 bis 5% (je nach Sorte) gesenkt. Im Dezember trat abermals eine Verbilligung des Normalkristallzuckers um 4% ein (die Preise der übrigen Sorten blieben unverändert). Außerdem wurde im August des Vorjahres für eine begrenzte Menge der Zuckerpreis um 5 1 — je kg (16%) gesenkt.

Tafelmargarine und Margarineschmalz. Die Konsumenten ersetzen insbesondere Schmalz zunehmend durch Öl, weil es leichter verdaulich und, trotz der Preiserhöhung in den letzten Monaten, noch immer das billigste Fett ist. Butter scheint in letzter Zeit, da die Einkommen nur noch wenig stiegen, stärker durch Milchmargarine ersetzt zu werden. Während im I. Quartal der Butterkonsum noch um 7% höher war als im Vorjahr, lag er im April und Mai bereits um 162 t oder 5% darunter. Dagegen stieg der Verbrauch von Milchmargarine in der gleichen Zeit um 557 t oder 23%.

Absatz von Fett¹⁾

Art	Jänner bis Mai		1956 in % von 1955
	1955	1956	
Tafelmargarine ²⁾	1 049	1 115	106,3
Milchmargarine ²⁾	4 794	5 729	119,5
Margarineschmalz	550	602	109,5
Speiseöl	7 515	10 436	138,9
Kunstpesefett	221	322	145,7
Kokospesefett	631	944	149,6
Andere	412	408	99,0
Pflanzenfette insgesamt	15 172	19 556	128,9
Importschmalz	6 764	5 730	84,7
Butter ²⁾	8 183	8 366	102,2

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres, Sektion Volksernährung. —

²⁾ Reinfett — ³⁾ Nach Angaben des Milchwirtschaftsfonds

Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7 I bis 7 15

Im Juni ging die Belegung des Arbeitsmarktes vor allem von der Bauwirtschaft und dem Fremdenverkehr aus, doch war sie dem Saisonrhythmus entsprechend bereits bedeutend geringer als in den Vormonaten. Während die Beschäftigung im April und Mai noch um 76 800 und 45 900 gestiegen war, erhöhte sie sich im Juni nur noch um 26 600. Sie war Ende Juni mit 2,178.700 um 63.200 oder 3,0% höher als im Juni 1955³⁾. Die Arbeitslosigkeit verminderte sich im April und Mai um 79 100 und 29 000, im Juni aber nur noch um 13 700. Sie lag zu Jahresmitte mit 73.600 geringfügig (um 3 000 oder 3,9%) unter dem Vorjahresstand. Ähnlich wie im Sommer des Vorjahres waren die voll einsatzfähigen Stellensuchenden schon größtenteils beschäftigt, so daß ihre Zahl auch heuer voraussichtlich nur noch weniger sinken wird als in weiter zurückliegenden Jahren. Im Gegensatz zu 1955 ist allerdings auch die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften nicht mehr so dringlich. Während Mitte 1955 auf je 100 offene Stellen nur 250 Arbeitsuchende entfielen, waren es Mitte 1956 bereits 279. Der Arbeitsmarkt wird vor allem durch den Zustrom neuer Arbeitskräfte entspannt, der im

³⁾ Alle Zahlen für Juni 1956 sind vorläufige.

Mai mit 17 000 um 2 000 schwächer, im Juni mit 12 800 aber um 3 700 stärker war als in den gleichen Monaten des Jahres 1955. Zu Jahresmitte gab es mit 2,252.300 um 60 300 oder 2,7% mehr Beschäftigte und Stellensuchende als Mitte 1955

Der Arbeitsmarkt im Mai und Juni

Jahr, Monat	Beschäftigte		Vorgemerkte Stellensuchende		Arbeitskräfte- angebot	
	Verände- rung gegenüber dem Vor- monat	Stand zu Monats- ende	Verände- rung gegenüber dem Vor- monat	Stand zu Monats- ende	Verände- rung gegenüber dem Vor- monat	Stand zu Monats- ende
in 1 000						
1951						
V	+26 6	1 995 6	-22 2	98 2	+ 5 4	2 093 8
VI	+23 5	2 019 1	-17 2	80 9	+ 6 3	2 100 1
1952						
V	+31 6	1 975 9	-22 9	124 5	+ 8 7	2 100 4
VI	+ 1 1	1 976 9	- 5 5	118 9	- 4 5	2 095 9
1953						
V	+29 1	1 939 1	-22 6	156 8	+ 8 5	2 095 9
VI	+15 2	1 954 3	-13 6	143 1	+ 1 5	2 097 4
1954						
V	+49 2	1 984 4	-36 9	142 5	+12 3	2 126 9
VI	+24 4	2 008 8	-22 0	120 5	+ 2 4	2 129 3
1955						
V	+52 4	2 095 6	-33 5	87 2	+18 9	2 182 8
VI	+19 8	2 115 4	-10 7	76 6	+ 9 2	2 192 0
1956						
V	+45 9	2 152 1	-29 0	87 3	+17 0	2 239 4
VI *)	+26 6	2 178 7	-15 7	73 6	+12 8	2 252 3

*) Vorläufige Zahlen

Die Zahl der *offenen Stellen* zu Monatsende nimmt saisongemäß im Mai ab und im Juni zu. Auffallend ist, daß heuer der Rückgang im Mai und der darauffolgende Wiederanstieg im Juni besonders stark waren. Möglicherweise hat die große Zahl von Feiertagen im Mai manche Unternehmungen, insbesondere Baufirmen, veranlaßt, die saisonbedingte Aufnahme von zusätzlichen Arbeitskräften hinauszuschieben.

Die Zahl der offenen Stellen fiel im Mai um 4 900 gegen nur 2 000 im Vorjahr, stieg aber im Juni wieder um 1 700 gegen nur 700 im Juni 1955. Mitte 1956 gab es mit 26.400 offenen Stellen um 4 200 weniger als Mitte 1955; Ende April war die Zahl der offenen Stellen gegenüber dem Vorjahr um 2.300, Ende Mai aber um 5.100 geringer. Mehr als zwei Drittel der offenen Stellen (18.900) waren Ende Juni für Männer und nur 7 500 für Frauen bestimmt. Das Stellenangebot für Frauen war nur wenig, um 200 oder 2%, das der Männer aber beträchtlich, nämlich um 4 000 oder 17,6% niedriger als im Vorjahr.

Im Mai ging die Zahl der offenen Stellen für Männer besonders in der Bauwirtschaft stärker zurück als im Jahre 1955 und nahm für Metallarbeiter und Holzarbeiter weniger zu; für Frauen nahm sie vor allem in der Land- und Forstwirtschaft stärker

ab und verlief auch in Bekleidungsindustrie, Haushalten und, trotz der guten Fremdenverkehrssaison, im Hotel- und Gastgewerbe ungünstiger als im Mai 1955.

Im Juni steigt in der Regel die Nachfrage nach Bauarbeitern. Die Zunahme der Stellensuchenden erstreckt sich daher nur auf Männer. Auch heuer stieg die Zahl der offenen Stellen für Männer von Ende Mai bis Ende Juni um 2 300 (im Vorjahr + 1.700), während die für Frauen um 600 (im Vorjahr um 1.000) abnahm.

Besonders stark ist das Stellenangebot in Wien im Juni gestiegen, vermutlich auch, weil der Fremdenverkehr sehr zugenommen hat. Die bessere Entwicklung des Stellenangebotes im Juni konnte aber die besonders ungünstige im Mai weder in ganz Österreich noch in Wien kompensieren; in beiden Monaten günstiger war sie aber in Niederösterreich, Burgenland und Vorarlberg.

Die Bewegung des Stellenangebotes im Mai und Juni nach Bundesländern

Bundesländer	Veränderung von Ende April bis Ende Juni					
	1955			1956 *)		
	Männer	Frauen	Zus.	Männer	Frauen	Zus.
Wien	+1 554	- 97	+1 651	+1 363	+ 234	+1 597
Niederösterreich	-1 850	-1 870	-3 720	- 990	-1 681	-2 671
Steiermark	+ 871	- 118	+ 753	- 120	- 73	- 193
Kärnten	+ 129	- 3	+ 126	- 33	+ 6	- 27
Oberösterreich	- 147	- 388	- 535	- 331	-1 271	-1 602
Salzburg	+ 409	+ 5	+ 414	- 67	- 119	- 186
Tirol	+ 22	+ 98	+ 120	- 257	- 186	- 443
Vorarlberg	- 52	+ 11	- 41	+ 318	+ 25	+ 343
Burgenland	- 42	+ 5	- 37	+ 9	0	+ 9
Insgesamt	+ 894	-2 163	-1 269	- 108	-3 065	-3 173

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung —*) Vorläufige Zahlen

Die Zahl der *Beschäftigten* stieg im Mai um 45 900 (2,2%) auf 2,152.100, im Juni um 26.600 (1,2%) auf 2,178.700. Ende Mai gab es nur um 56 500, Ende Juni hingegen wieder um 63 200 Beschäftigte mehr als im Vorjahr, etwas mehr als Ende März und Ende April (62.000 und 63 000). Die Zahl der Beschäftigten nahm somit seit Ende April etwas stärker zu als im Vorjahr.

Die Land- und Forstwirtschaft erhöhte im Mai ihren Beschäftigtenstand um 8.900 (im Vorjahr + 12.400) auf 192.700 (im Vorjahr 201.700), wobei die Zahl der Angestellten nur ganz geringfügig zunahm. Da es heuer etwas mehr stellensuchende Land- und Forstarbeiter als im Vorjahr gibt, hat sich die Arbeitslage auch in der Landwirtschaft anscheinend etwas entspannt.

In der gewerblichen Wirtschaft fanden im Mai 34.300 Personen zusätzlich Arbeit, während es im Vorjahr noch 38 800 waren. Die Zunahme der Beschäftigten war sowohl bei den Arbeitern als auch bei den

Angestellten geringer als vor einem Jahr. Ende Mai beschäftigte die gewerbliche Wirtschaft 1,675 100 Arbeitnehmer, um 52 500 mehr als im Mai 1955 und um 216 000 mehr als zur Zeit der Depression im Mai 1953. Die Veränderungen in den übrigen Gruppen waren wie üblich sehr gering, nur die Bundesbahnen nahmen 1.000 Arbeiter zusätzlich auf.

Der Beschäftigungsindex der *1.678 repräsentativen Betriebe* (März 1934 = 100) stieg von Anfang April bis Anfang Mai heuer nur um 17 Punkte oder 0 8% gegen 23 Punkte oder 1 2% im Mai 1955, lag aber trotzdem mit 203 9 um 6 8 Punkte oder 3 4% über dem des Vorjahres. Nur die — im allgemeinen sehr witterungsabhängigen — Betriebe der Stein-, Erde- und Tonindustrie, an deren Erzeugnissen, insbesondere an Mauerziegeln, infolge des Rückschlages im Februar und März besondere Knappheit herrschte, stellten, wie übrigens auch schon im Vormonat, mehr Personen zusätzlich ein. In viel geringerem Ausmaße taten dies auch die E-Werke, die aber im Vormonat saisonwidrig Entlassungen vorgenommen hatten. In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie war die Zahl der Neueinstellungen gleich hoch wie im Vorjahr; in der Textilindustrie nahm die Beschäftigung sogar noch ganz geringfügig zu, obwohl saisonmäßig bereits mit Entlassungen zu rechnen gewesen wäre. In allen anderen Branchen (mit Ausnahme des Hotel- und Gastgewerbes) verlief die Entwicklung ungünstiger. In der Bekleidungsindustrie setzte der saisongemäße Rückgang der Beschäftigtenzahl bereits ein; er begann im Vorjahr erst um einen Monat später. Die Betriebe der Eisen- und Metallindustrie, die ihre Beschäftigung von Anfang Dezember bis Anfang April vermindert hatten, nahmen zwar bis Anfang Mai wieder zusätzliches Personal auf, jedoch nur sehr wenig und bedeutend weniger als in früheren Jahren. Dagegen ging die Beschäftigung im Handel (wie schon seit Anfang März) stark zurück (im Vorjahr nahm die Beschäftigung im Handel während der Frühjahrsmonate stark zu).

Kurzarbeit, die nur im Februar aus Wasser- und Strommangel etwas größer war, ist seither völlig bedeutungslos geworden. Ende Juni gab es nur einen Betrieb mit 24 Kurzarbeitern.

Die Zahl der vorgemerkten *Stellensuchenden* sank im Mai um 29 000 (24 9%) auf 87 300, im Juni um 13 700 (15 7%) auf 73 600. Während Ende Mai die Arbeitslosigkeit geringfügig (um 100) höher war als im Vorjahr, gab es Ende Juni um 3 000 Stellensuchende weniger als Mitte 1955. Die Rate der Arbeitslosigkeit sank von 3 9% im Mai auf 3 3% im Juni (im Vorjahr von 4 0% auf 3 5%).

Die Rate der sofort voll einsatzfähigen Stellensuchenden betrug Ende Mai 2 6% gegen 2 7% im Vorjahr, und zwar für Männer 1 2% gegen 1 1%, für Frauen 5 1% gegen 5 5%. Sie ist also gegenüber dem Vorjahr bei den Männern leicht gestiegen, bei den Frauen gesunken.

Die Zahl der Stellensuchenden nahm im Mai um 4 500 weniger ab als im Mai 1955, im Juni um 3 100 mehr, im Mai und Juni zusammen also nahezu gleich stark. Nur in den Berufsklassen der Papierarbeiter, gastgewerblichen Arbeiter, der kaufmännischen und Büroangestellten, der Verkehrsarbeiter und der Reinigungsarbeiter war auch im Mai die Abnahme etwas größer als im Mai 1955. Die Arbeitslosigkeit unter den Land- und Forstarbeitern sank gleich stark wie im Vorjahr (bei den Landarbeitern allein sogar etwas stärker). In den übrigen 21 Berufsklassen ging die Arbeitslosigkeit weniger zurück als im Mai 1955. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei den Bekleidungsarbeitern (Schneidern) betrug weniger als ein Drittel der des Vorjahres, bei den Chemiearbeitern die Hälfte, den Technikern, Metallarbeitern, Holzarbeitern, graphischen Arbeitern sowie Nahrungs- und Genußmittelarbeitern rund zwei Drittel.

Im Juni dagegen war der Rückgang der Arbeitslosigkeit wieder stärker als im Jahre 1955, und zwar nicht nur bei Männern und Frauen, sondern in allen Berufsklassen über die bereits Meldungen vorliegen. Bei den Bekleidungsarbeitern, deren Arbeitslosigkeit sonst im Juni saisonbedingt bereits steigt, hat sie sich heuer noch leicht vermindert. Im Durchschnitt der Monate Mai und Juni ging die Arbeitslosigkeit fast durchwegs weniger stark zurück als im Vorjahr.

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8 1 bis 8 13

Die Verkehrsleistungen im *Güterverkehr* der Bundesbahnen, die schon im März und April überaus hoch waren, nahmen im Mai weiter zu. Die Verladungen im Binnenverkehr und Export erreichten mit 7 414 arbeitstäglich gestellten Wagen fast den Spitzenverkehr der Herbstmonate. Die Netto-Wagenachs- und Zugskilometer (in denen auch die Importe und Transite enthalten sind) gingen gegenüber April etwas zurück, obwohl saisonüblich eine leichte Zunahme zu erwarten gewesen wäre. Im Binnen- und Exportverkehr war vor allem der Wagenbedarf für Baustoff-, Holz- und Erztransporte höher als im April; stärker abgenommen haben nur die Transporte von Kunstdünger und Papier. Die arbeitstäglich gestellten Wagenleistungen waren hingegen für fast alle Güterarten höher als im Vormonat.

Gegenüber Mai 1955, der einen Arbeitstag mehr hatte, wurden 3 2% mehr Wagen gestellt. Viel stärker als im Vorjahr waren die Transporte von Nahrungsmitteln, Erzen, Eisen, Metallen und Kunstdünger, schwächer die Kohlefrachten. Die Zahl der netto-t-km war um 2 2% höher.

Wagenstellungen nach Güterarten

(Voll- und Schmalspur)

	Mai 1956	Veränderung in % (+ bzw. -)		
		Monatsergebnis gegen		Arbeitstag gegen Vormonat
		Vorjahr	Vormonat	
Insgesamt	170 527	+ 3.2	+ 0.3	+ 4.7
davon				
Kohle, Koks	20 248	- 8.1	- 3.6	+ 0.6
Holz	22 269	- 1.8	+ 4.4	+ 8.9
Baustoffe	29 275	+ 4.2	+ 11.6	+ 16.5
Eisen	12 244	+ 11.3	- 2.1	+ 2.1
Papier	5 776	+ 1.7	- 6.0	- 1.6
Erze	8 467	+ 17.9	+ 2.8	+ 7.3
Kunstdünger	2 972	+ 14.0	- 51.8	- 49.8
Nahrungsmittel	9 165	+ 47.6	- 1.2	+ 3.1
Stückgut	27 398	+ 3.8	- 2.0	+ 2.2
Sammelgut	5 029	+ 7.1	- 0.3	+ 4.3
Zuckerrüben	1	-	-	-
Anderc	27 683	- 3.3	+ 6.3	+ 10.9

Für den Sammeladungsverkehr wurden in den ersten fünf Monaten 1956 7 2% mehr Wagen bereitgestellt als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Sammeladungsverkehr¹⁾ wird von der Bahn begünstigt und aus Gründen des Wettbewerbes mit der Straße zu besonders niederen, meist den Tarifen im Straßenverkehr angeglichenen Frachtsätzen befördert. Seit 1949 konnten die Sammeladungen von 169 492 t auf 561 440 t im Jahre 1955 (+ 231%) erhöht werden. Der für die Bahn verlustreiche Stückgutverkehr²⁾ sank in dieser Zeit von 683 799 t auf 571 903 t. Einschließlich der Beiladungen (17 722 t) zum Sammelverkehr hat dieser damit im Jahre 1955 den Stückgutverkehr überflügelt. Bahnwirtschaftlich ist bemerkenswert, daß im Jahre 1955 für Sammeladungen 66 791 Wagen, für den Stückgutverkehr aber 333 006 Wagen bereitgestellt werden mußten, also die fünffache Zahl für die gleiche Gütermenge. Im Stückgutverkehr wurden pro Wagen durchschnittlich 1 717 kg, im Sammeladungsverkehr aber 8 641 kg befördert.

¹⁾ Sammeladungen sind mehrere Stückgüter die vom Spediteur gesammelt und als geschlossene Wagenladung aufgegeben werden. Der Spediteur kann solchen Ladungen noch durch sogenannte Beiladungen anderer Spediteure ergänzen deren Frachtaufkommen in der betreffenden Relation für eigene Sammeladungen nicht ausreicht.

²⁾ Der Stückgutverkehr der Bahn erfordert Lagerschuppen und einen hohen Personalstand. Außerdem werden die Stückgüterwagen nur zu einem Bruchteil ihrer Kapazität ausgelastet, da die Bahn verpflichtet ist, den Transport unabhängig von der anfallenden Gütermenge durchzuführen. Die Tarife müßten um ein Vielfaches höher sein, wenn alle diese Kosten gedeckt werden sollen.

Entwicklung des Sammeladungs- und Stückgutverkehrs

Jahr	Sammeladung ¹⁾		kg je Wagen	Stückgut		kg je Wagen
	t	Wagen		t	Wagen	
1949	195 945	31 371	6 246	683 799		
1951	339 739	40 309	8 428	661 702	317 127	2 087
1955	579 161	66 791	8 641	571 903	333 006	1 717

¹⁾ Mit Beiladungen

Die Wagenlage war im Monat Mai zufriedenstellend, der Bedarf konnte je nach Wagengattung zwischen 93% und 97%, im Durchschnitt zu 96% gedeckt werden.

Der Personenverkehr belebte sich im Mai stärker als saisonüblich. Es wurden 6 Mill. Karten verkauft, gegen 5.1 Mill. im April und 5.3 Mill. im Mai 1955, obwohl die Zahl der Feiertage in beiden Jahren gleich war. Die Steigerung betraf überwiegend den Nahverkehr, da die Zahl der netto-t-km gegenüber April nur um 11% stieg, die verkauften Karten jedoch um 18% zunahmen.

Anfang Juni 1956 wurden in allen europäischen Staaten (außer Spanien und Portugal) auf Grund eines Beschlusses des Internationalen Eisenbahnverbandes vom Jahre 1953 die 1. Klasse aufgehoben und das Zweiklassensystem eingeführt. In den meisten Staaten bleiben die Tarife der bisherigen 2. und 3. Klasse auch für die neue 1. und 2. Klasse in Kraft. Die 1. Klasse soll künftig sechs Sitzplätze, die 2. Klasse acht Plätze je Abteil führen; einige Bahnverwaltungen werden im internationalen Verkehr jedoch auch in der 2. Klasse sechsplatzige Wagen anbieten. Der Übergang zum Zweiklassensystem erfolgte ausschließlich aus bahnwirtschaftlichen Gründen. Da die Frequenz der früheren 1. Klasse seit Ende des ersten Weltkrieges ständig sank³⁾, blieben die Einnahmen schließlich weit hinter den Betriebs-, Unterhalts- und Erneuerungskosten dieser Wagenklasse zurück. Der Frequenzrückgang beruhte auf einer Abwanderung teilweise zum Flugverkehr und Personenkraftwagen, teils zu den niedrigeren Wagenklassen, deren ständig verbesserte Ausstattung immer mehr den früheren Unterschied der Klassen verwischte. Die Klasseneinteilung verliert dadurch für die Differenzierung der Tarife weiter an Bedeutung zu Gunsten von Sondertarifen aller Art (Rückfahrkarte, Gruppen-, Familienermäßigungen, Abonnements-, Arbeiter-, Schülerkarten usw.).

In Italien und Deutschland wurden Tarif-erhöhungen vorgenommen, die auch den österreichischen Außenhandel berühren werden. So erhöhten die italienischen Bahnen ab Juli ihre Gütertarife um durchschnittlich 10% (einzelne Positionen bis zu 31%), der Triester Hafen ab 15. Juli die Umschlags- und Lagergebühren um 12% und 10% und die Deutschen Bundesbahnen lassen ab August den um 6 bis 10% ermäßigten Transittarif auf. Da die österreichi-

³⁾ In Österreich reisten im Jahre 1937 82 611 Personen, 1954 aber nur 36 329 Personen in der 1. Klasse.

schen Überseeimporte und -exporte vorwiegend über Triest, Hamburg und Bremen gehen, ist mit einer fühlbaren Frachtkostensteigerung zu rechnen. Gewisse Ausweichmöglichkeiten bestehen in einer stärkeren Benützung jugoslawischer und polnischer Häfen.

Der Überland-Straßenverkehr von Bahn und Post blieb im Mai etwas unter dem sehr hohen Aprilergebnis. Es wurden 775 Mill. Personen befördert, um 2% mehr als im Vorjahr. Der Saisonverlauf des Reiseverkehrs im Liniendienst auf der Straße weicht von dem der Bahn erheblich ab. Im Gegensatz zum Bahnverkehr wird im Straßenverkehr der Berufsverkehr viel stärker von den Witterungsverhältnissen und Feiertagen beeinflusst. Da die durchschnittliche Reiseentfernung der Berufsfahrer relativ gering ist, lösen sie bei schönem Wetter oder, wenn Feiertage die Woche unterbrechen, keine Wochenkarte und fahren per Rad zur Arbeitsstätte. Besonders ausgeprägt ist dieses Verhalten beim Liniendienst der KÖB, der in den Wintermonaten um 15% besser frequentiert ist als in den Sommermonaten. Beim Autobusverkehr der Post dagegen wird dieser Ausfall durch den Ausflugsverkehr teilweise ausgeglichen und in den Sommermonaten sogar überkompensiert. Aber auch hier ist im Gegensatz zur Bahn der Unterschied zwischen Sommer- und Winterfrequenz minimal und im Jahre 1955 entfielen auf das erste und letzte Quartal 52% aller beförderten Personen (im Bahnverkehr 46%).

Das Frachtrecht des internationalen Güterverkehrs auf der Straße wurde durch die von elf Ländern am 18. Mai 1956 unterzeichnete „Konvention über den internationalen Güterverkehr auf der Straße“ (CMR) endgültig geregelt. Damit hat der grenzüberschreitende Straßenverkehr eine ähnliche privatrechtliche Regelung gefunden, wie sie der Eisenbahnfrachtverkehr in der CIM besitzt.

Die Zulassungen fabriksneuer Kraftfahrzeuge erreichten im Mai 13.437 Einheiten (mit Anhängern), davon 5.073 Personenkraftwagen sowie 5.485 Motorräder und Roller. Im Vergleich zum Vorjahr waren die Zulassungen von Personenkraftwagen und Zugmaschinen um 11% und 56% höher, von Motorrädern, Rollern und Lastkraftwagen um 5% und 34% niedriger. In den ersten fünf Monaten blieben die gesamten Zulassungen um 2% unter dem Vorjahresergebnis.

Nach der Anfang Juli veröffentlichten Kraftfahrzeugzählung gab es Ende 1955 in Österreich 622.194 Kraftfahrzeuge und Anhänger, um 26% mehr als Ende 1954. Der Bestand stieg in fast allen Fahrzeugkategorien, am stärksten bei Personenkraftwagen (56%), Zugmaschinen (30%) und Kraftfahrzeugen (20%).

Lediglich der Bestand an Lieferdreirädern sank von 1.917 auf 1.581. In der regionalen Verteilung wurde Wien von Niederösterreich auf den 2. Platz verdrängt, dessen Bestand sich auf 134.547 Einheiten (+32%) gegen 129.573 (ohne Post und Bahn + 22%) in Wien erhöhte. Die Zunahme war in allen Bundesländern (+27%) stärker als in Wien. Die Unselbständigen erhöhten ihren Anteil an der Zahl der Personenkraftwagen von 22% auf 30%. Von insgesamt 143.099 Personenkraftwagen entfielen 43.551 auf Angestellte und Arbeiter, um 112% mehr als im J. 1954. Bis Ende Mai dürfte der Personenkraftwagenbestand auf 161.300 gestiegen sein, von denen schätzungsweise 56.400 im Besitz von Arbeitern und Angestellten waren.

Fahrzeugbestand in Österreich am 31. Dezember 1955
nach Bundesländern

	Insgesamt ¹⁾		Personenkraftwagen ²⁾		davon Kraft-räder	Lastkraft-wagen	Zug-maschinen
	Stück	1954 = 100	Stück	1954 = 100			
Wien	129.573	122,4	50.650	149,8	53.097	17.959	1.316
N. Ö.	134.547	132,2	20.471	177,7	65.112	10.820	21.829
Burgenland	17.342	133,2	2.378	164,3	7.451	2.112	2.786
O. Ö.	122.428	123,4	23.027	153,9	62.540	9.613	17.117
Salzburg	32.665	126,0	8.490	154,3	16.002	3.089	2.706
Steiermark	84.931	127,2	17.708	162,8	47.617	8.198	5.122
Kärnten	40.444	126,1	9.313	149,3	20.306	3.811	3.149
Tirol	34.717	121,4	8.942	147,1	16.848	3.546	2.489
Vorarlberg	20.758	130,8	5.502	148,9	10.726	1.639	1.258
Insgesamt	617.405	125,9	146.481	155,6	299.694	60.787	57.772
Bahn und Post	4.789	105,2	229	116,8	520	1.099	45

¹⁾ Einschließlich Anhänger — ²⁾ Ohne Taxi.

Der Flugverkehr beförderte im Mai 14.536 Personen von und nach Österreich, 28% mehr als im Vorjahr; 2.120 Personen nahmen Zwischenlandungen in Österreich vor. Der Frachtverkehr (ohne Transit) war mit 172.656 kg um 98% höher als 1955. In den ersten fünf Monaten beförderte der Flugverkehr (ohne Transit) 49.946 Passagiere, 778.830 kg Fracht und 155.842 kg Post, das sind 52%, 107% und 31% mehr als im Vorjahr.

Der Fremdenverkehr zählte im Mai 1.37 Mill. Übernachtungen, um 9% mehr als im Jahre 1955. Der Ausländerverkehr war mit 590.232 Übernachtungen um 19% höher, der Inländerverkehr um 2% höher. Von den 1.26 Mill. einreisenden Ausländern (+13%) kamen 1.02 Mill. auf der Straße nach Österreich (+10%).

Wie schon in den vergangenen Monaten stiegen auch im Mai die Deviseneingänge aus dem Reiseverkehr weit stärker als die Ausländerbesuche, ganz im Gegensatz zu der Entwicklung im Jahre 1955. Mit 191,3 Mill. S wurden die Eingänge des Vorjahres um 91% überschritten, eine fünfmal so starke Steigerung wie die der Nächtigungen. Vergleicht man die

Einnahmen und Nüchtigungen der ersten fünf Monate 1956 mit denen von 1954, dann veränderten sich die Einnahmen um +37%, die Nüchtigungen aber um +46%. Gegenüber 1953 ergeben sich +93% Einnahmen und +80% Nüchtigungen. Die augenblickliche Einnahmenentwicklung ist daher nur eine Normalisierung der in den Jahren 1954 und 1955 gestörten Relation zwischen Einnahmen und Nüchtigungen. Berücksichtigt man die Preissteigerungen und die ohne Zweifel vermehrte Kaukraft der ausländischen Besucher seit 1953, dann müßten die gegenwärtigen Deviseneingänge sogar noch höher sein.

Deviseneingänge und Nüchtigungen in den ersten fünf Monaten 1953 bis 1956

Jahr	Ausländer-Nüchtigungen		Deviseneingänge	
	in 1 000	%	Mill. S	%
1953	1 848'0	100'0	364'0	100'0
1954	2 163'1	117'1	511'2	140'5
1955	2 737'1	148'1	476'7	131'0
1956	3 152'2	180'3	702'1	192'0

Die Devisenausgänge im Reiseverkehr betragen 427 Mill. S; sie wurden von den Einnahmen um 1486 Mill. S überschritten, das sind 5% und 150% mehr als 1955.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.9

Im Mai ist die Ausfuhr nur geringfügig (um 8 Mill. S), die Einfuhr dagegen beträchtlich (um 87 Mill. S) gestiegen. Der Einfuhrüberschuß hat sich wieder erhöht, und zwar um 79 Mill. S auf 333 Mill. S. Erstmals seit Jänner d. J. übertraf er den entsprechenden Vorjahreswert (um 45 Mill. S). Im Durchschnitt der ersten fünf Monate ist er aber mit 290 Mill. S um 31% geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die *Einfuhr* erreichte im Mai einen Wert von 2 091 Mill. S. Sie ist mit Ausnahme der Futter- und Düngemittel in allen wichtigen Warengruppen gegenüber dem Vormonat gestiegen. Am stärksten nahmen die Importe von Maschinen und Verkehrsmitteln zu (+ 36 Mill. S) — obwohl weniger Personenkraftwagen eingeführt wurden als im April (— 526) —, ferner von Rohstoffen (+ 32 Mill. S) sowie Nahrungs- und Genußmitteln (insbesondere Weizen und Schmalz, insgesamt + 29 Mill. S). Die Zunahme der Einfuhr ist vor allem auf höhere Bezüge aus den USA zurückzuführen. Aus diesem Land wurde mit 282 Mill. S um 81 Mill. S (131 Mill. S) mehr eingeführt als im April (Monatsdurchschnitt 1955), vor allem mehr

Kokskohle (+ 20%), die aus dem Ruhrgebiet nur noch schwer erhältlich ist, und Getreide (+ 48%). Die Einfuhr aus den wichtigsten anderen Lieferländern hat sich dagegen nur wenig verändert.

Das *Einfuhrvolumen* lag im Mai mit 179 (1937 = 100) um 17% über dem Vergleichsmonat 1955. Da im 2. Halbjahr saisongemäß mehr eingeführt wird als im 1. Halbjahr, wird das Einfuhrvolumen voraussichtlich weiter steigen. In den letzten Monaten stiegen besonders die Importe von „Erzen und Schrott“. Sie waren im April und Mai mit 93 und 107 Mill. S beträchtlich höher als im Monatsdurchschnitt des Jahres 1955 (74 Mill. S). Der Ausbau der Eisenindustrie, insbesondere das Anblasen des vierten Hochofens in Linz, läßt erwarten, daß die steigende Tendenz anhält. Gleichzeitig nehmen auch die Einfuhren von unedlen Metallen zu.

Die *Ausfuhr* erreichte mit 1.758 Mill. S den bisher zweithöchsten Wert dieses Jahres. Obwohl sie sich insgesamt gegenüber dem Vormonat nur wenig veränderte, entwickelten sich die wichtigsten Warengruppen sehr unterschiedlich. Während vor allem mehr Nahrungs- und Genußmittel (+ 23 Mill. S, insbesondere mehr Rinder), Fertigwaren (+ 21 Mill. S, insbesondere mehr Schienenfahrzeuge, Metallwaren, Gewebe und Glaswaren), Rohstoffe (+ 20 Mill. S, insbesondere mehr Holz) exportiert wurden, ist die Ausfuhr von halbfertigen Waren um 56 Mill. S (insbesondere weniger chemische Erzeugnisse sowie Eisen und Stahl) zurückgegangen. Der Absatz in den größten Abnehmerländern Westdeutschland und Italien (sowie in Ungarn) konnte am stärksten ausgeweitet werden, in die Schweiz und nach England ging die Ausfuhr am kräftigsten zurück.

Das *Ausfuhrvolumen* ist im Mai geringfügig (um 1 Punkt) gestiegen. Es wächst schon seit dem 2. Halbjahr 1955 nur noch langsam, von 214 (1937 = 100) auf 217 im Durchschnitt Jänner/Mai und 220 im Mai 1956. Allerdings ist wie bei der Einfuhr das Ausfuhrvolumen in der zweiten Jahreshälfte in der Regel höher als in der ersten Jahreshälfte. Verglichen mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum war das Ausfuhrvolumen in den ersten fünf Monaten um 19% und im Mai um 15% höher. (Von 1954 auf 1955 stieg es im Monatsdurchschnitt nur um 12%.)

Einfuhr- wie Ausfuhrpreise ziehen seit Ende des vorigen Jahres an. Diese Tendenz wird durch ausländische Daten bestätigt. So liegt auch der Index der deutschen Einfuhrpreise (Bundesamt Wiesbaden) im Mai für agrarische und für industrielle Erzeugnisse um je 5% höher als im Jahresdurchschnitt 1955.